

**Beginn: 10:04 Uhr**

**Präsidentin Carina Gödecke:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Es ist die 98. Sitzung in dieser Wahlperiode. Mein Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien. Für die heutige Sitzung haben sich insgesamt **17 Kolleginnen und Kollegen entschuldigt**. Ihre Namen werden wir in das Protokoll aufnehmen.

Ich freue mich sehr, dass ich auch heute einer Kollegin und einem Kollegen zum **Geburtstag** gratulieren darf: zum einen der Kollegin **Dagmar Andres** von der SPD-Fraktion, die hier neben mir sitzt,

(Beifall von allen Fraktionen)

zum anderen Herrn **Dr. Wilhelm Droste** aus der CDU-Fraktion, der in Ihren Reihen sitzt.

(Beifall von allen Fraktionen)

Ihnen beiden herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag! Alles Gute! Der Tag wird lang, doch ich hoffe, nicht nur streitig und für Sie ganz besonders schön.

Mit diesen Glückwünschen dürfen wir gemeinsam in die Abarbeitung der heutigen **Tagesordnung** einsteigen. Ich rufe auf:

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/9300

Und:

Ergänzung  
Drucksache 16/10150

Beschlussempfehlungen und Berichte  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksachen 16/10500 bis 16/10507, 16/10509  
bis 16/10516 und 16/10520

zweite Lesung

Und:

**Finanzplanung 2015 bis 2019 mit Finanzbericht 2016 des Landes Nordrhein-Westfalen**

Drucksache 16/9301

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses

Drucksache 16/10518

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2016 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 – GFG 2016) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/9302

Und:

Ergänzung  
Drucksache 16/10150

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 16/10517

zweite Lesung

Die Veränderungen durch die im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse sind auch in den Ihnen vorliegenden Veränderungsnachweisen entsprechend dargestellt.

Nun die organisatorischen Hinweise. Die kennen Sie alle; sie sind auf den Tagesordnungen ausgedruckt und in den Fraktionen vorberaten. Aber nichtsdestotrotz trage ich sie noch einmal vor, damit es auch protokollarisch festgehalten wird.

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie – wie gesagt – der Tagesordnung entnehmen. Nach Beendigung der Aussprache über jeden Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird logischerweise zunächst über diesen abgestimmt.

Über den Einzelplan 20 stimmen wir allerdings erst morgen ab. Auch über eventuelle Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz 2016, über das Haushaltsgesetz selbst sowie über das Gemeindefinanzierungsgesetz stimmen wir morgen ganz am Ende und damit zum Abschluss der zweiten von insgesamt drei Lesungen ab. Heute und auch morgen finden zwischen 12:30 und 14:00 Uhr keine Abstimmungen statt.

Ich rufe auf:

**Grundsatzdebatte**

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)**

In Verbindung mit:

**Einzelplan 20**

(Allgemeine Finanzverwaltung)

In Verbindung mit:

**Einzelplan 12**

(Finanzministerium)

In Verbindung mit:

**Finanzplanung 2015 – 2019 und Finanzbericht 2016**

Ich weise auf die entsprechenden Beschlussempfehlungen und Berichte des HFA hin. Diese tragen die Drucksachennummern 16/10500, 16/10520, 16/10512 und 16/10518.

Jetzt eröffne ich die Aussprache zur Grundsatzdebatte. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Dr. Optendrenk, der schon eine Weile wartet, das Wort.

**Dr. Marcus Optendrenk** (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wo ist eigentlich die Tatkraft der Ministerpräsidentin beim Haushalt 2016?

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wo ist die klare Linie?

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Oh, ist jemand wach geworden? Guten Morgen!

(Beifall von der CDU)

Wo ist die klare Linie, die man von einer Landesregierung erwarten muss, die schon mehr als fünf Jahre Zeit gehabt hat, zumindest zu üben, wie man Haushalte aufstellt? Wo ist die Energie, mit der Sie dieses Land zukunftsfähig machen wollen? Wo ist die Innovation, mit der Sie Arbeitsplätze der Zukunft schaffen wollen? Wo findet man im Haushalt Ihre Idee davon, wie dieses Land in zehn Jahren aussehen soll? Wo findet man überhaupt eine Handschrift dieser Regierung?

Auf den ersten Blick könnte man reflexhaft sagen: Fehlanzeige. Aber das wäre zu kurz gegriffen. So fair muss man wohl sein.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Denn diese Landesregierung hat eine klare Handschrift. Sie gibt Geld aus: je mehr, desto besser – und das seit Juli 2010. Irgendwie ist immer mehr

Geld erforderlich. Das Haushaltsvolumen ist in dieser Zeit allein um 35 % gestiegen. In fünf Jahren ist das, Herr Minister, auch wenn Sie jetzt lachen, schon eine stattliche Summe. 35 % in fünf Jahren – das ist eine tolle Inflationsrate Ihrer Ausgaben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bei Ihnen persönlich überrascht das nicht. Sie folgen dabei der alten Linie von Johannes Rau. Er hat in den 90er-Jahren mal bei einer Einweihung einer großen Fabrik am Niederrhein sinngemäß gesagt: Sie als Unternehmer wissen am besten, wie man Geld verdient, und das ist gut so. Und wir Sozialdemokraten wissen, wie man Geld ausgibt. – Das ist wohl wahr.

(Beifall von der CDU)

Das war damals richtig; das ist heute richtig. Sozialdemokraten wissen immer noch, wie man das Geld anderer Leute am besten ausgibt. Besichtigen kann man das in der aktuellen Haushaltspolitik dieser Regierung und auch im aktuellen Haushaltsentwurf 2016.

(Zurufe von der SPD)

Vor einem Jahr haben wir hier über die Frage diskutiert: Wie schafft es der Finanzminister, die fallende Linie der Nettoneuverschuldung mit Mühe und Not gerade noch hinzubekommen? Damals haben Sie auf der letzten Rille eine drastische Erhöhung der Grunderwerbsteuer vorgenommen. Das war Ihre einzige Möglichkeit, Ihre Kommunikationslinie, eine fallende Linie, entsprechend hinzubekommen. Ansonsten wäre die rote Linie nämlich schön nach oben gegangen.

In diesem Jahr – nach vier Nachtragshaushalten und mit einer 193 Seiten starken Ergänzungsvorlage – sind wir heute wieder am gleichen Punkt angekommen. Nur durch Haushaltstricks schafft es Rot-Grün, schafft es diese Regierung, dass die Neuverschuldung nicht wieder steigt.

Auch für 2016 erwarten wir zum Glück sprudelnde Steuereinnahmen. Der Minister erwartet noch ein bisschen mehr als alle anderen. Denn das ist ja wichtig: Man muss mehr erwarten, damit man weniger sparen, weniger Prioritäten setzen muss und einfach so weitermachen kann, dass die kommunikative Linie bis nach Weihnachten stimmt, und dann kommt überraschend schnell der erste Nachtragshaushalt.

Herr Minister, bisher haben Sie es nicht geschafft – dazu haben Sie vielleicht gleich Gelegenheit –, den Zusammenhang der kommunizierenden Röhren zwischen überdurchschnittlichen Steuereinnahmen und Einnahmen und Ausgaben im Länderfinanzausgleich darzustellen. Das ist eines der spannendsten Dinge, die Sie hier noch erklären können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Früher hat man uns mal erklärt: Wenn Sie eine 100%ige Steuerkraft im Durchschnitt der Länder haben, sind Sie in der neutralen Zone; dann bekommen Sie nichts und geben auch nichts. Haben Sie mehr, müssen Sie etwas geben. Haben Sie deutlich weniger, bekommen Sie erst von den anderen etwas, und wenn ein bestimmter Prozentsatz unterschritten wird, bekommen Sie auch Bundesergänzungszuweisungen.

Sie nehmen in der mittelfristigen Finanzplanung und für den Haushalt 2016 eine Steuerkraft von 97 % an. Damit begründen Sie, dass Sie ca. 1,5 Milliarden von den anderen Ländern und vom Bund bekommen – etwa wie in den Vorjahren.

Selbst wenn man die überjährigen Abrechnungssystematiken mit einbezieht, dass man also die Abrechnung von 2014 erst 2015, von 2015 erst 2016 hat, haben Sie auch in diesem zweiten Halbjahr extrem gute Steuereinnahmen gehabt.

Sie werden, wenn Sie in diesem Halbjahr über den Einnahmen der Steuerschätzung und der anderen Länder liegen, nächstes Jahr nicht diese Summe bekommen – es sei denn, Sie sacken richtig in der Steuerkraft ab. Sacken Sie aber richtig in der Steuerkraft ab, dann ist Ihr Haushaltsansatz um eine Milliarde zu hoch, dann haben Sie ein Loch.

Um das kommunikativ zuzukleistern, haben Sie einfach gesagt: Die Opposition und die Medien werden es wohl nicht merken, die Bürger erst recht nicht, und deshalb machen wir beides. Wir setzen den Steuereinnahmeansatz so hoch, als wären wir bei 103 % der Steuerkraft der Länder, aber den Länderfinanzausgleich berechnen wir so, als wenn wir bei 97 % wären. Das ist klassische sozialdemokratische Rechenkunst. Dafür gebührt Ihnen ein großes Kompliment. – Das war übrigens Ironie.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD – Michael Hübner [SPD]: Immer gut, wenn man das dazusagt!)

Nur durch die Konstruktion Ihres vierten Nachtrags, in dem Sie dann auch noch 635 Millionen Ausgaben des nächsten Jahres vorgezogen haben – nach 2015 –, schaffen Sie es dann, dass Sie nicht schon ohne all diese Effekte wieder bei 2,5 Milliarden sind. Rechnen wir die anderen Effekte drauf, sind Sie eher bei 3,5 Milliarden.

Dann machen Sie noch eine schöne Konstruktion, damit Sie auf Dauer die Zukunftsvorsorge möglichst kappen können, damit Sie lieber in der Gegenwart, jedenfalls bis Mai 2017, schön konsumieren und kommunizieren können und hoffen können, dass Sie sich damit durchmogeln. Sie kürzen die Zuführungen für die Zukunftsvorsorge der Beamtinnen und Beamten demnächst auf 200 Millionen € pro Jahr, obwohl Sie wissen, dass eine Milliardensumme erforderlich wäre.

Man kann schon überrascht sein – das richte ich ausdrücklich an die Koalitionsfraktionen –, dass der Konsens, den wir unter Ihrer Regierungszeit in 2004/2005 gefunden haben – damals hat der Sprecher Michael Groschek noch als Abgeordneter dieses Hauses und nicht als Minister an diesem Rednerpult begründet, dass man bis 2040 mit Zukunftslasten von über 100 Milliarden € rechnet, die man jetzt abfedern müsse, und zwar durch kontinuierliche Zuführungen in den Haushalt, in eine Rücklage, an die keiner herangeht –, heute nicht mehr gilt, Herr Minister. Sie haben sich eines anderen besonnen. Sie haben den Kabinettsbeschluss mit gefasst. Sie wollen das kappen und nicht mehr machen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie haben dem doch gar nicht zugestimmt!)

Deshalb bekommen Sie aber von Ihrer Regierung, seien Sie ganz sicher, bestimmt nicht mehr Geld für den Straßenbau. Sie bekommen auch kein Projekt mehr bewilligt. Es geht einfach nur ums Kaschieren der Nettoneuverschuldung des Finanzministers.

(Beifall von der CDU)

Sie sind hier einmal als Regierung Kraft angetreten mit der Aussage, Sie wollten präventive Finanzpolitik machen. Tatsächlich konsumieren Sie auf Kosten der jungen Menschen und auf Kosten der Zukunft des Landes.

(Beifall von der CDU)

Viele strukturelle Aufgaben haben Sie in den Jahren seit 2010 nicht angepackt. Als Vorbild haben Sie eine OFD-Fusion übers Knie gebrochen, Herr Minister. Alle anderen sollten Verwaltungsreformen so nachmachen. Damit waren Sie aber nicht besonders erfolgreich. Die Verwaltung fängt jetzt die Folgen auf, damit Sie möglichst gut dastehen und weil die Beschäftigten auch arbeiten wollen. Aber der Rest der Verwaltung dieses Landes hat einfach nicht mitgemacht. Ihre Ressortkollegen haben Sie wunderbar im Stich gelassen; die machen einfach weiter so.

Das nennt man ausgabenbezogene Politik. Dazu brauchen Sie immer mehr Einnahmen. Wenn die Einnahmen nicht da sind, stehen sie wenigstens im Plan, und man lässt sich dann im Haushaltsvollzug überraschen. Auch das haben wir schon gehabt; das war das System Schleußer.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Sonst würde man nicht eine Kappung der Zukunftsvorsorge vorschlagen, sonst würde man nicht Milliardenlasten in die Zukunft verschieben – frei nach dem Motto: Nach mir die Sintflut!

Vom Weltklimagipfel in Paris erhoffen wir alle, dass das Thema „Nachhaltigkeit“ in ökologischer Hinsicht auch weltweit zum Durchbruch kommt. Die Nachhaltigkeit hat ja eigentlich drei Dimensionen: eine ökologische, eine soziale und eine finanzielle.

Aber die Regierung Kraft verdrängt seit 2010 mit großer Entschlossenheit die dritte Dimension der Nachhaltigkeit, nämlich die finanzpolitische. Schulden sind Ihnen egal, Schattenverschuldung erst recht; denn am Ende wird schon einer bezahlen. Das ist dann der Bürger über Steuererhöhungen. Der Griff in die Tasche des Bürgers wird nur zeitlich nach hinten verschoben.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Eins der beiden kann nur stimmen!)

Sie sollten noch die mahnenden Worte im Ohr haben, die in der Anhörung gefallen sind; das richte ich ausdrücklich an die Regierungskoalition. Der Landesrechnungshof beispielsweise hat geschrieben – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Die hohen Steuereinnahmen tragen maßgeblich zur Ausgabenkompensation bei. Eine moderate Steuerentwicklung würde nicht unbedeutende Finanzierungslücken im Landeshaushalt entstehen lassen.“

Ich übersetze das mal in Einfach: Sie haben sich da einen so hohen Steuereinnahmeansatz hineingeschrieben, dass es gerade noch passte. Wenn Sie einen realistischen genommen hätten, hätten Sie ein Riesenloch.

In der Stellungnahme des Instituts der deutschen Wirtschaft heißt es:

„Die deutliche Zunahme der geplanten Nettokreditaufnahme um rund 20 Prozent ... auf mehr als 1,8 Milliarden Euro wirft das Land Nordrhein-Westfalen auch vor dem Hintergrund der ab 2020 geltenden Schuldenbremse zurück. Die Erhöhung der Neuverschuldung stellt die gesamte Mittelfristige Finanzplanung und damit auch den für 2019 geplanten ausgeglichenen Haushalt infrage ...“

Das kann man auch so übersetzen: Sie haben sich in der Mittelfristigen Finanzplanung Linien dahin gemalt, und damit es nicht auffällt, aktualisieren Sie sie auch nicht mehr.

Aber Rot-Grün steht auch in der aktuellen Krisensituation, die wir alle hier mehrfach diskutiert haben, nicht auf dem Standpunkt, dass man parallel etwas grundlegend anderes machen müsste. Stattdessen benutzt man die aktuellen Herausforderungen zur Rechtfertigung der eigenen nicht nachhaltigen Finanzpolitik.

Anders macht es das grün-rot regierte Baden-Württemberg. Da gibt es eine Null trotz Flüchtlingskrise und erheblicher Mehrausgaben. Kann es vielleicht sein, Herr Minister, dass selbst Grüne und Sozialdemokraten in anderen Bundesländern sparsamer sind als wir?

(Marc Herter [SPD]: Da ist Landtagswahlkampf!)

Kann es vielleicht sein, dass es an den handelnden Personen und deren Wollen oder Nichtwollen liegt, also am Kabinett Kraft und ihrem Finanzminister? Denn selbst da, wo wir als Opposition mit der Regierung eigentlich einen Konsens haben, im Bereich der Finanzverwaltung, verstoßen Sie mutwillig gegen die einfachsten Gepflogenheiten des Umgangs mit dem Parlament.

Es ist schon erstaunlich, dass Sie es bis heute nicht für nötig empfinden, dem Parlament Ihren Kommissionsbericht zur Finanzverwaltung zur Verfügung zu stellen, den Sie letzte Woche Donnerstag erhalten und dann offensichtlich auch in der Verwaltung bekannt gemacht haben, wo doch diese Kommission nur deshalb gegründet wurde, weil die CDU einen entsprechenden Antrag zur Zukunft der Finanzverwaltung in die parlamentarischen Beratungen eingebracht hat und wir uns mit den anderen Fraktionen darauf verständigt haben, zu versuchen, ein gemeinsames Fundament für diese Fachverwaltung hinzubekommen.

Ich finde das ausgesprochen bedauerlich, Herr Minister. Ich hoffe, dass Sie das möglichst schnell korrigieren. Ich bin aber gespannt, wie Sie sich gleich zu Ihren Luftlöchern rechtfertigen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Zimkeit.

**Stefan Zimkeit (SPD):** Ich davon überzeugt, liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass dies in diesem Jahr keine gewöhnlichen Haushaltsberatungen sind. Die große Zahl der hilfesuchenden Menschen, die zu uns fliehen, hat große Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und selbstverständlich auch große Auswirkungen auf unseren Haushalt – wahrscheinlich die größten externen Auswirkungen auf unsere Haushaltsberatungen seit der Finanzkrise 2008.

Die Aufnahme und die Integration von Flüchtlingen ist eine große Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Die Landesregierung stellt sich mit ihrem Haushaltsentwurf dieser Verantwortung. Allein die Verdoppelung der Mittel in diesem Bereich von 2 auf 4 Milliarden € macht dies deutlich. Dies ist ein riesiger Kraftakt für dieses Land.

Herr Optendrenk, wenn Sie sich hierhin stellen und sagen, das sei alles zu meistern, ohne dass das irgendwelche Auswirkungen auf die Haushaltspolitik habe, ist das fern von jeder Realität. Selbst Herr Schäuble, den Sie sonst so feiern in Berlin, bereitet die Abkehr von der schwarzen Null schon vor. Insofern bitte ich Sie, hier doch endlich einmal mit den gleichen Maßstäben zu messen.

(Beifall von der SPD)

Dieser Kraftakt, den das Land Nordrhein-Westfalen zu meistern hat, hat vor allen Dingen zwei richtige Schwerpunkte. Zum einen fördert er die Integration. Deswegen ist der eine Schwerpunkt richtig, nämlich eine sehr hohe Anzahl von zusätzlichen Stellen für Lehrerinnen und Lehrern für die Schulen bereitzustellen. Seit 2015 wurden mit diesem Haushalt, wie er jetzt vorliegt, fast 6.000 neue Stellen, um die Situation an den Schulen zu verbessern, geschaffen.

Der zweite Schwerpunkt ist, erhebliche zusätzliche finanzielle Mittel für die Kommunen bei der Unterstützung der Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung zu stellen. Dies sind notwendige finanzielle Investitionen, auf die wir nicht verzichten können und auch nicht verzichten wollen.

Wir wollen bei der Integration nicht die Fehler wiederholen, wie wir sie schon in den 70er-Jahren gemacht haben. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir die Chancen, die durch Zuwanderung entstehen können, nur nutzen, wenn wir jetzt in Integration investieren. Das ist gut für die betroffenen Menschen, und das ist gut für unser Land.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Optendrenk, setzen wir auch bewusst die präventive Politik fort. Da geht es nicht um präventive Finanzpolitik, sondern um präventive Gesellschaftspolitik. Wir müssen jetzt vorbeugen, gerade im Bereich der Integration, um später nicht teuer reparieren zu müssen.

Diese Vorbeugung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. An dieser Stelle gilt es mit einem Märchen aufzuräumen, was sich in diesem Land verstärkt breitmacht, nämlich das Märchen von der großzügigen Unterstützung des Bundes in der Flüchtlingspolitik. Der Anteil dieser Bundesmittel an den Flüchtlingskosten sinkt von 22 % im Jahr 2015 auf 19 % im Jahr 2016. Der Bund unterstützt Länder und Kommunen gerade in Nordrhein-Westfalen also nicht mehr, sondern weniger. Der Bund wird damit seiner Verantwortung in diesem Bereich nicht gerecht, und dies muss sich ändern.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

In dieser Situation der zusätzlichen finanziellen Belastung darf aus unserer Sicht eins nicht passieren: Die Bewältigung der Flüchtlingssituation auch im Haushalt darf nicht dazu führen, dass andere Menschen sich bei uns in der Gesellschaft abgehängt fühlen. Deswegen müssen wir weiterhin in Bildung, in wirtschaftliche Entwicklung und in Wohnungsbau investieren.

Und, Herr Optendrenk, da beziehe ich mich gerne auf Johannes Rau. Ja, wir geben in diesen Bereichen Geld aus. Ja, wir fördern insbesondere die Kommunen, wie wir sie noch nie gefördert haben,

weder in der Höhe der Summe noch im Anteil des Haushalts. Ja, hier nehmen wir Geld in die Hand und geben das aus, und dafür schämen wir uns nicht. Denn das ist wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Die Landesregierung setzt mit ihrem Haushalt aus unserer Sicht die richtigen Schwerpunkte. Da möchte ich zu Ihren einleitenden Äußerungen zur fehlenden Tatkraft und Ähnlichem kommen. Man soll ja nicht zu viel Wert auf Umfragen legen, Herr Optendrenk, aber wenn man als Landespolitik der CDU im Vergleich gerade zu den Umfrageergebnissen auf Bundespolitik so katastrophal abschneidet wie Sie und wie Herr Laschet, der gerade leider nicht da ist, dann sollte man vielleicht etwas ...

(Widerspruch von der CDU: Doch!)

– Entschuldigung, er hat sich umgesetzt. Ich wusste nicht, dass er den Sitz des Fraktionsvorsitzenden schon geräumt hat.

(Lachen und Beifall von der SPD)

Wenn man solche Umfrageergebnisse hat wie Sie, wäre vielleicht eine etwas selbstkritischere Herangehensweise an die Regierungspolitik und an die Politik etwas angemessener.

(Christian Lindner [FDP]: Er hat als Vorbild die SPD in Berlin!)

– Nein, ich war nicht in Berlin. Sie sind ja auch nicht in Berlin, deswegen halten Sie Ihre bundespolitischen Reden ja immer hier.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist aber nichts so gut, dass es nicht noch besser werden kann. Deshalb haben wir als Koalitionsfraktionen zur zweiten Lesung des Haushalts noch zahlreiche Anträge vorgelegt. Unser wichtigstes Ziel ist dabei, die Spaltung der Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen zu verhindern. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen zusammenhält.

Deshalb wollen wir besonders Menschen unterstützen, die sich für die Zusammenarbeit in unserer Gesellschaft engagieren. Wir wollen Menschen unterstützen, die sich dem braunen Mob entgegenstellen und gegen Rassismus und Intoleranz kämpfen. Wir wollen Menschen unterstützen, die in Sportvereinen und Kulturinitiativen aktiv sind. Wir wollen Menschen unterstützen, die sich für benachteiligte Familien einsetzen und für Frauen, die Opfer von Gewalt wurden. Wir wollen Menschen unterstützen, die sich bei der Aufnahme von Flüchtlingen engagieren und die Straffällige bei ihrer Rückkehr in die Gesellschaft unterstützen.

Diese Menschen sind der Kitt in der Gesellschaft, und die wollen wir stärker fördern. Und auch hier, Herr Optendrenk, geben wir sehr bewusst und richtigerweise mehr Geld aus.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Bei dem Stichwort „mehr Geld ausgeben“ möchte ich zur finanzpolitischen Dialektik der Opposition kommen, die wir ja jedes Mal wieder erleben: In den Fachausschüssen mehr Geld fordern, im Finanzausschuss aber sagen, es wird zu viel Geld ausgegeben. Diese finanzpolitische Dialektik geht nicht auf!

Ich will einmal das aufgreifen, was Sie gerne im Haushalts- und Finanzausschuss noch deutlicher als heute unter den Begriffen „strukturelle Änderungen des Haushalts“ und „strukturelle Einsparungen“ immer wieder vortragen. Was ist das denn konkret, was Sie damit in Ihrer Politik verbunden haben?

Der erste Punkt sind pauschale Personalkürzungen. Man konnte dabei noch nicht einmal mehr vom „Rasenmäher“, sondern musste zum Teil vom „Mäh-drescher“ sprechen, mit dem sie diese vorgenommen haben.

(Lachen von Armin Laschet [CDU])

Sie haben mit diesen pauschalen Kürzungen unter anderem Straßen.NRW und den BLB in verheerende Situationen gebracht, die das Land nachher mehr Geld als das gekostet haben, was Ihre Kürzungen erbracht haben. Das sind Ihre angeblichen strukturellen Einsparungen.

(Beifall von der SPD)

Sie tarnten Ihre Einsparungen als Bürokratieabbau. Gemeint ist jedoch wirklich, durch die Abschaffung des Tariftreuegesetzes und die Aufgabe des Klimaschutzplanes nicht Bürokratie abzubauen, sondern Arbeitnehmerrechte zu schleifen und gleichzeitig den falschen klimapolitischen Weg zu gehen. Das ist kein Bürokratieabbau, das ist Schaden an zukünftigen Generationen.

Als Gipfel Ihrer haushaltspolitischen Entwicklung ist doch festzuhalten, dass insbesondere FDP und CDU die Gebührenerhöhungsparteien in diesem Land sind. Sie sagen auf der einen Seite, Sie wollten Steuern senken, wollen aber auf der anderen Seite ausgerechnet den Familien in NRW dieses Geld durch die Gebührenerhöhung bei Kindertageseinrichtungen wieder wegnehmen. Das ist familienfeindlich.

(Beifall von Marc Herter [SPD] – Ralf Witzel [FDP]: Was machen Sie denn bei der Grunderwerbsteuer für junge Familien? – Gegenruf von Eva Voigt-Küppers [SPD])

– Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass die Grunderwerbsteuer auch junge Familien belastet. Sie belastet aber auch Unternehmen. Wir holen uns unser Geld zumindest nicht nur von jungen Familien und Studierenden, sondern wir verteilen die Belastungen gerecht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und von der FDP: Oh! Ui! – Weitere Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Neuerschuldung wird aufgrund der Entwicklungen, die wir gerade beschrieben und sehr ausführlich diskutiert haben, langsamer vorangehen als erwartet. Möglicherweise wird die schwarze Null in Nordrhein-Westfalen erst 2020 erreicht werden. Dies ist kein Grund zum Feiern, ist aber leider nicht zu vermeiden.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Ich warne aber davor, die Finanzierung der Flüchtlingskosten durch Einschnitte in die soziale und gesellschaftliche Infrastruktur unseres Landes zu finanzieren und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen zu gefährden.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Der heute vorliegende Haushalt stellt sich den besonderen Herausforderungen dieses Jahres. Er investiert in die Zukunft, in Kinder und Bildung. Er unterstützt die Kommunen wie noch nie. Er senkt dabei geringfügig die Neuverschuldung und setzt damit die richtigen Schwerpunkte zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen. Wir sollten ihm alle zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Witzel.

**Ralf Witzel (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Finanzminister, das Haltbarkeitsdatum Ihrer Haushaltsplanungen entspricht dem eines ablaufenden Bechers Joghurt.

Das Haushaltsjahr 2015 ist chaotisch verlaufen. Sie haben Ihren Haushalt immer wieder insgesamt mit der historischen Rekordzahl von vier Nachträgen angepasst.

(Marc Herter [SPD]: Das hätten Sie ganz anders gemacht!)

Viele Änderungen, für die man in der Sache Sympathie haben kann, sind vom Fahrplan her völlig unnötig gewesen. Denn dass die Polizei aufgrund der Pensionierungswelle Mehrbedarf hat, haben wir Ihnen schon vor einem Jahr vorgerechnet.

(Nadja Lüders [SPD]: Oh! – Weitere Zurufe)

Dass es infolge der Flüchtlingskrise auch eine Notwendigkeit gibt, Kommunen finanziell stärker zu unterstützen, ist nun wirklich keine Überraschung der letzten Wochen gewesen.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Das haben wir Ihnen alles vor einem Jahr bereits vorgetragen.

(Beifall von der FDP)

Dann, Herr Finanzminister, gehören diese Ansätze in einen ordentlichen Haushalt von Beginn an.

Für den Haushalt 2016 haben Sie bereits eine umfangreiche Korrekturvorgabe eingereicht, die diverse beschlossene Ansätze Ihres Kabinetts von Sommer 2015 wieder revidiert.

Warum ist der Haushalt 2016 so wichtig? – Er ist deshalb so wichtig, weil er der letzte ganzjährig zu vollziehende Haushalt vor der Landtagswahl ist. In den Haushalt, den wir in einem Jahr, Ende 2016, für das Jahr 2017 beschließen, können Sie Fantasiestellen von vorne bis hinten schreiben. Irgendwie werden Sie in den ersten Monaten des Jahres 2017 damit schon über die Rampe kommen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Dieser Haushalt ist der, auf den es materiell ankommt.

Unsere Kernvorwürfe lauten: Erstens, Herr Finanzminister, Sie verschleiern das tatsächliche Ausmaß der Verschuldung.

Zweitens. Sie täuschen die Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen hinsichtlich der sich tatsächlich ergebenden Belastungen.

Drittens erledigen Sie die drängendsten Kernhausaufgaben Ihrer Haushaltspolitik nicht.

Zur Ihrer Verschleiernspolitik: Sie zeichnen gern diesen Pfad der fallenden Neuverschuldung. Aber er ist, wenn man hinter die Kulissen schaut und den Vorhang fallen lässt, reinste Trickerei. Denn Sie nehmen periodenfremde Kostenanlastungen vor. Denn auf einmal buchen Sie Darlehen des BLB um, nicht deshalb weil er auf einmal so viel Geld hat, sondern weil er Ihnen 400 Millionen € auf das Konto des Landeshaushalts überweist, um sich anderswo am Kapitalmarkt neu mit weiterer Kreditaufnahme zu finanzieren.

Die Pensionen sind in der heutigen Debatte schon ein Thema gewesen. Was sachlogisch im nächsten Jahr 2016 zu leisten ist – Sie haben sich verpflichtet, 635 Millionen € als Vorsorge für zukünftige Jahre aufzubringen –, buchen Sie mal eben als Haushaltstrick ins Jahr 2015. Dann ergibt sich ein schön fallender Pfad. Noch mal schnell vor der Landtagswahl in 2015 die Verschuldung hochpushen, damit sie in 2016 möglichst nach Ihrer grafischen Darstellung sinkt. Das alles sind Sondereffekte ...

(Minister Dr. Norbert Walter-Borjans: Hochpushen?)

– Ja, natürlich.

(Minister Dr. Norbert Walter-Borjans: Hochpushen?)

– Ja, natürlich. Sie hätten 1,3 Milliarden € Nettokreditaufnahme bei einer ehrlichen Rechnung im Jahr 2015. Jetzt buchen Sie noch mal eben 600 Millionen € drauf, damit Sie hier 1,9 Milliarden € vorrechnen können und Ihr Ziel von 1,8 Milliarden € im nächsten Jahr dann als kleines Abfallen aussieht. Natürlich ein Hochpushen.

(Beifall von der FDP und Christian Möbius [CDU] – Widerspruch von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

Das, Herr Finanzminister, sind aber trickreich herbeigeführte Sondereffekte; das ist keine seriöse Haushaltspolitik.

Zur zweiten Abteilung unserer Kritik: Verschleierung der tatsächlichen Mehrbelastungen der Bevölkerung. Sie haben für Ihr Ziel der angeblich fallenden Schuldenkurve vor einem Jahr an diesem Pult gestanden und gesagt, Sie bräuchten doch noch 400 Millionen €, damit das mit dem Schuldenabbau irgendwie nach außen so aussieht, als könne er tatsächlich hier erfolgen.

Und dann haben Sie veranlasst, dass die Koalitionsfraktionen für Sie eine Grunderwerbsteuererhöhung beschließen. Vor der Erhöhung sind Sie für das Jahr 2015 von einem Steueraufkommen von 1,93 Milliarden € ausgegangen. Wenn Sie 400 Millionen € zusätzlich brauchen, hätten Sie nach Adam Riese den Steuersatz um 20 % erhöhen müssen. Jedenfalls hätten Sie das dann machen müssen, wenn stimmt, was Sie begleitend gesagt haben, dass aufgrund des Existenzbedürfnisses Wohnen nach Ihrer Annahme keine negativen Markteffekte eintreten werden.

Was aber haben Sie tatsächlich gemacht? – Sie haben nicht um 20 %, sondern um 30 % erhöht mit der Folge, dass Sie jetzt das eingestehen müssen, was wir Ihnen von Beginn an gesagt haben, dass Sie nämlich den Effekt der Mehrbelastung der Bevölkerung gegenüber künstlich niedrig gerechnet haben.

Jetzt liegen natürlich die entsprechenden Einnahmen durch die von Ihnen vorgenommene Steuersatzerhöhung vor. Sie haben das bereits in Ihrem Nachtragshaushalt entsprechend korrigieren müssen. Dort haben Sie bereits 127 Millionen € an Mehrbelastung für die Steuerzahler nachweisen müssen. Sie gehen für das nächste Jahr von einer Mehrbelastung von 130 Millionen € aus.

Also all das, was Sie hier vor einem Jahr zu den nicht ganz so wichtigen Auswirkungen vorgetragen haben, ist unehrlich, unredlich und unrichtig gewesen, wie Sie uns jetzt selber durch Ihre nachträglichen Korrekturrechnungen beweisen. Sie, Herr Finanzminister, belasten die Bürger in Nordrhein-Westfalen stärker, als Sie es öffentlich zugeben wollen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Jetzt, wo Sie sich das selber, aber auch uns und der Öffentlichkeit gegenüber eingestanden haben, haben wir Sie gefragt: Wie gehen Sie denn mit diesem Effekt um? Dazu gibt es nur zwei Botschaften von Ihnen: Sie denken nicht an einen Belastungsstopp für die Bevölkerung, die ja durch die Niedrigzinsphase und andere Effekte, die noch mit hinzukommen, vielfältig gebeutelt ist.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Da muss man sich ernsthaft Gedanken machen, welche Perspektiven, Herr Kollege Zimkeit, eigentlich die Mitte dieser Gesellschaft noch hat, was Vermögensaufbau angeht. Welche Leistungsanreize entstehen eigentlich noch für diejenigen, die hart arbeiten und sich etwas erarbeiten wollen, was sie dann auch behalten dürfen, Herr Kollege?

(Beifall von der FDP)

Das, was Sie hier gerade zur Belastung von Unternehmen durch die Grunderwerbsteuer vorgetragen haben, war doch unterirdisch. Sie machen doch regelmäßig Share-Deals, damit die überhaupt nicht zahlen müssen. Der Finanzminister macht es ihnen doch vor. Wenn der seine eigenen WestLB-Immobilien verkauft, gibt es Share-Deals. Da entsteht kein einziger Cent Grunderwerbsteuer. Das zu Ihrer sozialen Politik, die Sie hier vorgetragen haben!

(Beifall von der FDP)

Ich komme zur zweiten Botschaft, die Sie uns mitgeteilt haben: Sie schließen, nachdem Sie die Grunderwerbsteuer fast verdoppelt haben, weitere Erhöhungsschritte – Herr Finanzminister, das haben Sie uns schriftlich bestätigt – in den nächsten Jahren nicht aus. Das ist nun wirklich eine Kapitulationserklärung. Warum sage ich das? – Weil Sie ein Glücksritter sind, was die von außen vorgegebenen Bestbedingungen angeht, nicht, was eigene Leistung angeht.

Sie haben im Vergleich zum Jahr der Übernahme Ihrer Amtsgeschäfte im Jahr 2010 Mehreinnahmen von 15,7 Milliarden €. Zeitgleich haben Sie in diesem Zeitraum Zinsersparnisse von über 1,5 Milliarden € gehabt. Beides zusammen ergibt – das ist nach Adam Riese ebenfalls einfach zu berechnen – eine Haushaltsverbesserung von über 17 Milliarden €. Bezogen auf das ursprüngliche Volumen der Steuereinnahmen 2010 ist das eine Verbesserung von nahezu 50 % in Bezug auf die Finanzausstattung, die Sie hier zur Verfügung haben. Das alles ist historisch. Keiner Ihrer Amtsvorgänger hat so viele Möglichkeiten bekommen, den Haushalt zu sanieren, wie Sie und so wenig daraus gemacht.

(Beifall von der FDP)

Warum, Herr Finanzminister, machen Sie so wenig daraus? – Weil Sie Stellenaufbau betreiben. Das geschieht auch in Ihrer Amtszeit seit Übernahme

der Regierungsgeschäfte im Jahr 2010. Es gab 6.780 zusätzliche Stellen bis zum Haushalt 2016.

(Zuruf Eva Voigt-Küppers [SPD]: Wofür denn? – Weitere Zurufe von der SPD sowie von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Das geschah, obwohl Sie, Herr Kollege, 2.322 Stellen in Bezug auf die Vorgriffsstunden geschenkt bekommen haben. Da wurde einfach eine Arbeitszeitgutschrift für Stellen zurückgegeben, die natürlich kw-gestellt waren. Die sind Ihnen auch noch in den Schoß gefallen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Das sind Stellen für Lehrer, die doch gar keinen Unterricht gegeben haben. Die haben Sie doch nur haushaltstechnisch faktorisiert, um Überstunden zurückzugeben. Da geht doch kein Unterricht verloren! Sie müssen sich doch einmal angucken, was auch hinter den „Stellen“ steht, Herr Kollege!

(Beifall von der FDP und der CDU – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Aber wegen des Streiks, oder nicht? – Zurufe von der SPD)

Die Gesamtbilanz Ihrer aktiven Ausweitung der Staatstätigkeit und des ungenutzten Stellenwegfalls beträgt 9.100 Stellen, Herr Finanzminister. Sie hätten genau das Gegenteil machen müssen. Wir hätten von Ihnen erwartet, dass Sie hier Bürokratie- und Aufgabenkritik betreiben sowie analysieren, auf welche Kernaufgaben sich der Staat zukünftig konzentrieren sollte, um dann bei besserer Bildung, bei funktionierender Infrastruktur und bei besserer Sicherheit – wo doch die Einbruchszahlen und die Zahlen bezüglich anderer Kriminalitätsdelikte in Nordrhein-Westfalen explodieren – besonders gut zu sein. Das wäre eigentlich die Kernaufgabe dieser Regierung gewesen!

(Beifall von der FDP)

Stattdessen, Herr Kollege Hübner, bauen Sie Bürokratie auf. Ich nenne das Tariftreue- und Vergabegesetz. Da müssen Leute Aktenordner führen, um die Herkunftsnachweise für den Fair-Trade-Kaffee in der Behördenkantine zu belegen. Sie führen flächendeckende Umweltzonen ein, die dann von Polizeibeamten kontrolliert werden sollen. Und Sie führen Blitzmarathonaktionen durch, mit denen Tausende von wertvollen Polizeieinsatzstunden verbrannt werden. Das hat der Innenminister, der leider an dieser Debatte nicht teilnimmt, mittlerweile eingesehen. Er hat diesen Fehler korrigiert. Er hat das mittlerweile revidiert. Das hat aber auch lange gedauert!

Wenn man sich das einmal strukturell anschaut, sieht man: Dieser Nettoeffekt von 9.100 Stellen stellt sich natürlich in den einzelnen Bereichen unterschiedlich dar. Im Haushalt 2016 schaffen Sie eine Planstelle mehr für Straßen.NRW, aber 23 beim LANUV. Wenn man sich die Zeit von 2010 bis 2016 ansieht, dann stellt man eine Veränderung von mi-

nus 166 Stellen beim Straßenbau und von plus 110 Stellen beim LANUV fest. Man muss sich auch einmal anschauen, wo Sie strukturell die Schwerpunkte setzen. Wir halten sie für falsch.

Ich komme dann zur nächsten Abteilung Ihrer Unterlassungen in Bezug auf Ihre Verpflichtung im Bereich von Landesbeteiligungen.

Da gibt es zunächst einmal Ihre Zockerei bei West-Spiel. Der Landesrechnungshof hat Ihnen das ja vorgerechnet. Es gibt dort 50 Finanzbeamte, die aus Sicht des Landesrechnungshofes aufgrund des geschäftlichen Niedergangs der Landescasinos gar nicht mehr benötigt werden. Bislang gibt es von Ihnen dazu keine erkennbare Aktivität, diese Finanzbeamte in der Einnahmenverwaltung sinnvoller für andere Zwecke einzusetzen.

Sie sehen an dieser Zahlenentwicklung einmal wieder – wie Sie das schon seit Jahren von der WestLB kennen –: Der Staat ist eben nicht der bessere Unternehmer. Schauen Sie sich den Einbruch bei der Spielbankenabgabe und den Rückgang bei den Bruttospielerträgen an.

Sie haben es in Ihrer Amtszeit geschafft, die Spielbankenabgabe – bezogen auf die Planwerte für das Jahr 2010, die Sie übernommen haben – von 63,9 Millionen € auf zuletzt 28 Millionen € mehr als zu halbieren.

Jetzt haben Sie zwei „überzeugende“ Antworten darauf. Die eine Antwort lautet: Wir senken die Spielbankenabgabe, wenn die Spielbank finanziell nicht mehr auskommt. – Das haben Sie 2012 gemacht.

Ihre zweite Antwort lautet: Wenn der Markt für die auskömmliche Tätigkeit an vier Standorten nicht mehr ausreichend vorhanden ist, dann gründen wir noch einen fünften Standort.

Das alles sind immense Risikoprojekte, über die wir uns die nächsten Jahre noch unterhalten werden.

(Beifall von der FDP)

„Risikoprojekte“, Herr Finanzminister, ist ein gutes Stichwort. Denn Sie haben vor wenigen Wochen hier beim Risikoprojekt WestLB-Abwicklung das Scheitern Ihrer Politik der letzten Jahre öffentlich eingestehen müssen. Sie haben uns – seit der von Ihnen vorgenommenen Strukturierung und Ihren Plänen von 2012 – zunächst erzählt, man könne doch mit der Servicegesellschaft PFS wunderbar Erträge generieren. Dann haben Sie uns dargestellt, wenn das nicht klappe, dann würden Sie wenigstens einen ordentlichen Privatisierungserlös erhalten.

Sie haben immer wieder gesagt, Sie seien mit Interessenten im Gespräch; es gebe ein Bieterverfahren, damit man die besten Konditionen realisieren könne.

Das alles ist gescheitert. Sie haben die Privatisierung erst vertagt und jetzt komplett abgesagt. Die

Folge ist, dass wir einen massiven Stellen- und Strukturaufwuchs bei der Bad Bank der WestLB, bei der EAA, haben, die genau umgekehrt proportional zum Umfang ihres Portfolios Strukturen und Personal aufbaut. All das ergibt keinen Sinn. Sie sind mit Ihren Vorhaben und Ihren Ankündigungen erkennbar gescheitert.

(Beifall von der FDP)

Dabei, Herr Finanzminister, gibt es bei der Abwicklung der WestLB noch andere Probleme; das erleben Sie in diesen Tagen. Das betrifft die Aufklärung über das, was dort vermeintlich an Cum-Ex-Deals gelaufen ist. Nach der Medienberichterstattung hat Ihre Steuerfahndung weitergehende Erkenntnisse als das, was Sie hier im Haus entsprechend vortragen.

Wir haben Sie aufgefordert, dem Parlament den Prüfungsbericht von Ernst & Young vorzulegen, auf den Sie sich zur Entlastung bei diesen Geschäften selbst beziehen.

Trotz mehrfacher Aufforderung ist das bis heute noch nicht erfolgt. Ich will Sie hier ausdrücklich auffordern, das jetzt endlich zu tun.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Haben Sie denn schon mit Herrn Linssen darüber geredet? – Gegenruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Da war er noch nicht hier!)

– Herr Kollege, Sie sollten hier keine Trickerei und keine Schönfärberei betreiben. Vielmehr sollten Sie eine solide Haushaltspolitik betreiben, die sich als Minimalziel wenigstens vornimmt, im Haushalt 1 % strukturell einzusparen. Das wäre unsere Mindesterwartung an einen Konsolidierungspfad, der es tatsächlich ermöglicht, die Schuldenbremse einzuhalten.

Das bekommen Sie nicht hin. In diesem Jahr haben Sie...

**Präsidentin Carina Gödecke:** Ihre Redezeit.

**Ralf Witzel (FDP):** ... die Tätigkeit Ihres Ineffizienzteams beendet, nachdem es von diesem so gut wie keine Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung gab. Sie brauchen dringend neuen Input.

Dieses Land braucht eine verantwortungsvollere Haushalts- und Finanzpolitik. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Abel.

**Martin-Sebastian Abel** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es sind in der Tat Haushaltsberatungen in bewegten Zeiten. Die Herausforderungen durch die Unterbringung von Geflüchteten, immer neue Stände der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zur Übernahme der Kosten sowie die geänderte Sicherheitslage haben in diesem Jahr bereits vier Nachtragshaushalte notwendig gemacht. Das hat es in noch keinem Bundesland gegeben.

Herr Witzel, Sie sagen, dass sei alles voraussehbar gewesen. Ich kann Ihnen dazu nur den Tipp geben: Nehmen Sie sich eine Glaskugel und mieten Sie sich bei der nächsten Kirmes eine Bude. Das ist vielleicht ein zu Ihnen passendes Geschäftsmodell – aber nicht Haushaltspolitik.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Meine Damen und Herren, wir mussten diese Nachträge einbringen, um die Ausstattung der einzelnen Fachbereiche schnell an die veränderten Aufgaben anzupassen.

Uns ist es gelungen, den Dreiklang aus Konsolidierung, besserer Ausstattung der Kommunen und wichtiger Investitionen in zentrale Zukunftsfelder beizubehalten.

Meine Damen und Herren, Sie verbreiten hier in Ihrer Rede zum Haushalt und im Internet, seit 2010 gebe es Mehreinnahmen von 17 Milliarden €, und fragen, wo diese geblieben seien, Ich will Ihnen das, weil es notwendig zu sein scheint, noch einmal im Einzelnen sagen:

(Unruhe)

Noch nie wurde in diesem Land so viel Geld für Bildung – von der Kita bis zur Hochschule – ausgegeben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Lachen von der FDP)

Jeder dritte Euro des Landeshaushaltes geht in diese wichtigen Zukunftsaufgaben. Im aktuellen Kita-jahr stehen 161.510 Plätze für unter Dreijährige zur Verfügung. Im Vergleich zu 2010 sind das nahezu 100.000 zusätzliche Plätze.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Seit der Regierungsübernahme haben wir eine beispiellose Aufholjagd gestartet – eine Aufholjagd wie kein anderes Bundesland. Wir haben die Bildungsausgaben im Vergleich zu den Ausgaben zu Zeiten des Familienministers Laschet mehr als verdoppelt. Wir liegen dabei im Vergleich der Bundesländer an der Spitze. Kein anderes Bundesland ist hier auch nur annähernd an uns dran. Wir sind da ganz weit vorne.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Kein anderes Bundesland gibt bezogen auf den Gesamthaushalt mehr für Wissenschaft, Innovation und Forschung aus.

Die Zahlen der Hochschulabsolventen steigen. Wir bilden 25 % der deutschen Absolventen aus. Das ist eine herausragende Zahl, ein gutes Signal für die Bildungslandschaft und auch für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Alles, was Sie in den Haushaltsberatungen zu diesem wichtigen Bereich zu bieten haben, meine Damen und Herren von der Opposition, ist eine reanimierte Wasserleiche, die Sie jedes Jahr wieder nennen: die Studienbeiträge.

Ich habe es Ihnen bereits im Ausschuss gesagt: Sie nennen in Ihren Haushaltskonzepten Studienbeiträge als mögliche Konsolidierungsmaßnahme. Sie behaupten aber gegenüber den Hochschulen, Sie würden diese noch besser ausstatten, weil Sie die Studienbeiträge wieder einführen.

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich schon entscheiden: Wenn Sie Einnahmen aus Studienbeiträgen zur Haushaltskonsolidierung heranziehen, dann bedeutet das, Sie belasten die Studierenden, Sie belasten die Eltern. Das ist sozial ungerecht. Sie nehmen den Hochschulen diese Mehreinnahmen wieder weg, denn sonst wäre das keine haushalterische Einsparung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann sagen Sie doch mal den über 700.000 Studierenden und ihren Eltern, wie Ihre konkrete Haltung zu diesem Thema aussieht.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Das macht für eine Familie mit zwei Kindern, die in der Ausbildung sind, mal eben eine Erhöhung von 2.000 € netto im Jahr aus. Sagen Sie denen doch mal, wie Sie jetzt dazu stehen, und dann bekennen Sie sich. Ich möchte Ihren Antrag sehen, mit dem Sie genau das beantragen und nicht nur immer davon reden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Noch ein weiterer Punkt: Noch nie haben wir so viel Geld an die Kommunen gegeben. 33 % aus dem Landeshaushalt fließen in die Kommunen. Bei Ihrer geliebten Schwesterpartei in Bayern, der CSU, Herr Laschet, mit dem Gentleman Horst Seehofer und dem sachlich-nüchternen Finanzminister Markus Söder ...

(Heiterkeit von den GRÜNEN – Minister Johannes Remmel: Das war Ironie!)

– Ja, aber ich glaube, ich brauche nicht wie Herr Optendrenk ein Schild, auf dem „Ironie“ steht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Bayern beteiligt die Kommunen mit 425 € pro Kopf an den Steuereinnahmen des Landes, Nordrhein-Westfalen mit 568 €. Damit liegt Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit Baden-Württemberg an der Spitze der Bundesländer. Würde Nordrhein-Westfalen seine Kommunen so behandeln wie die Kolleginnen und Kollegen Ihrer geliebten Schwesterpartei, dann müssten wir den Kommunen dieses Jahr 2,5 Milliarden € weniger überweisen, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Henning Höne [FDP]: Warum haben dann die nordrhein-westfälischen Kommunen die ganzen Schulden?)

Verstehe ich Sie richtig, dass Sie das jetzt herausnehmen wollen? Ist das jetzt ein Konsolidierungsvorschlag? Dann sagen Sie das doch, aber hören Sie auf, irgendwelche Vergleiche zu ziehen. Das Zerrbild, das Sie hier in diesem Bereich zeichnen, hat mit der Realität dieses Haushalts so viel zu tun wie der „Tatort Münster“ mit dem Polizeialtag.

(Klaus Kaiser [CDU]: Das ist aber diskriminierend! – Henning Höne [FDP]: Beim „Tatort Münster“ hört der Spaß aber auf! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Der „Tatort Münster“ ist aber unterhaltsamer, Herr Kollege!)

– Wollen Sie jetzt Rollen verteilen, wer hier wer ist, oder was? Ich bin ja gespannt, wer Ihrer Meinung nach die Staatsanwältin spielen könnte. Das wäre interessant.

Aber bleiben wir bei der Polizei. Sie gerieren sich gerne als Partei der inneren Sicherheit und sagen, wir würden nicht genug machen. 2006 500, 2007 wieder 500, 2008 1.000, 2009 1.000, 2010 1.100 – das ist die Entwicklung der Zahl der Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter in Nordrhein-Westfalen während Ihrer Regierungszeit.

Wer hat also etwas für die Polizei in Nordrhein-Westfalen getan? – Das war Rot-Grün, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Lachen von der CDU)

Wir haben 2011 und 2012 jeweils 1.400 Anwärtinnen und Anwärter eingestellt; 2013 waren es 1.477. Wir sind jetzt bei fast 1.900 Anwärtinnen und Anwärter. Das ist die höchste Anwärtinnen- und Anwärterzahl in der Geschichte dieses Bundeslandes.

(Ralf Witzel [FDP]: Wie sehen denn die Abgängerzahlen aus?)

Das sind Zahlen, die für uns sprechen, nicht für Sie.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Damit sind wir fast bei dem Delta. Dann müssen wir noch darüber reden – wir haben gestern über die Besoldungs- und Dienstrechtsanpassung debat-

tiert –, wo dieses Geld ist. Diese Bereiche zeigen, dass wir trotz unseres Konsolidierungspfads in wichtigen, in zentralen Zukunftsbereichen aufgestockt haben.

Nun sind wir aufgrund der gestiegenen Zahl der Geflüchteten besonders gefordert. Mehr als 4 Milliarden € plant die Landesregierung 2016 laut des nun vorgelegten Etatentwurfs für die Versorgung von Asylbewerbern und Geflüchteten ein.

Zum Vergleich: Auf dem ersten Flüchtlingsgipfel hatte die Bundesregierung bundesweit 3 Milliarden € als Paket für Länder und Kommunen vorgeschlagen; ich sage nachher noch etwas zu dem Anteil des Bundes. Wir in Nordrhein-Westfalen werden 2016 den Kommunen 1,95 Milliarden € für die Aufgaben aus dem Flüchtlingsaufnahmegesetz zuweisen. Meine Damen und Herren, gegenüber 2014 mit rund 91 Millionen € und 2015 mit rund 810 Millionen € ist dies eine deutliche Steigerung. Damit legen wir auch die Grundlage für die Integration der Geflüchteten.

Wir haben in diesem Haushalt zusätzliche 12.500 Stellen in der offenen Ganztagsbetreuung mit 15,3 Millionen € eingeplant. Für Projekte zur Kinderbetreuung und Integration sind es insgesamt 35 Millionen €. 2.390 neue Stellen für die Flüchtlingsaufgaben richtet das Land im kommenden Jahr ein. Im Schulbereich werden 2.356 neue Stellen geschaffen. Das war 2015. Und schon 2015 gab es hier einen Aufwuchs um 3.600 Stellen. Wir sind jetzt bei über 5.700 Lehrerinnen- und Lehrerstellen.

Meine Damen und Herren, da können Sie ruhig applaudieren. Denn das sind gute Nachrichten für Nordrhein-Westfalen. Das sind gute Nachrichten für den Bildungsstandort.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

In diesem Jahr gibt das Land fast 2 Milliarden € für die Unterbringung, Versorgung und Integration aus. So hat Nordrhein-Westfalen 162 Millionen € der 2 Milliarden € des Bundes für die Flüchtlingsunterbringung direkt an die Kommunen weitergegeben.

Im Flüchtlingsaufnahmegesetz haben wir den Stichtag, nach dem sich die Zuweisungen an die Kommunen richten, vom 1. Januar des Vorjahres auf den 1. Januar des laufenden Jahres verschoben. Wenn mehr Geflüchtete zu versorgen sind, dann erhalten die Kommunen von uns auch zeitnah das Geld.

Insgesamt sehen wir mehr als 4 Milliarden € für Ausgaben an die Kommunen vor. In diesem Zusammenhang möchte ich an den Anteil erinnern, den der Bund an diesen Ausgaben hat. Es sind 796 Millionen €. Sie tun immer so, als ob alles, was wir machen würden, mehr oder weniger vom Bund finanziert würde. Das ist mitnichten der Fall. Herr Kollege Zimkeit hat völlig zu Recht darauf hinwei-

sen, dass der Anteil im Vergleich zum Vorjahr sogar gesunken ist.

Meine Damen und Herren, das zeigt ganz deutlich: Wir stehen in der Verantwortung. Wir werden unserer Verantwortung gerecht. Auf der Bundesebene sind wir unter Ihrer Regierungsbeteiligung da noch lange nicht so weit. Insofern müssen wir stärker darüber reden, wie Länder und Kommunen entlastet werden können. Wir werden aber unserer Verantwortung mit über 4 Milliarden € gerecht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir waren in den letzten Jahren auf einem Konsolidierungspfad und haben trotzdem – das habe ich eben dargestellt – auf die wichtigsten Zukunftsinvestitionen des Landes draufgesattelt. Wir sind jetzt besonders gefordert. Wir wollen stärker für die Zukunftsaufgaben, die für die Integration derer, die zu uns kommen und hier bei uns Schutz suchen, vor uns liegen, eintreten.

Wir wollen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Daher finde ich es wichtig, meine Damen und Herren – vielleicht begegnet das auch Ihnen draußen –, dass wir nicht so tun, als würden wir gerade jetzt aufgrund der steigenden Zahl an Geflüchteten Geld in die Hand nehmen. Diese Ausgabensteigerungen, die ich Ihnen eben nähergebracht habe, kommen allen zugute. Von besserer Bildung, von besserer Infrastruktur, von mehr sozialem Wohnungsbau profitieren alle. Insofern ist es nicht so, dass es ein exklusiver Kreis wäre. Vielmehr bringen diese Ausgaben das Land insgesamt weiter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Trotz dieser Herausforderungen wird Rot-Grün die geplante Neuverschuldung im kommenden Jahr leicht senken können. Das zeigt, dass wir nicht nur beim Abbau der Nettoneuverschuldung an die zukünftigen Generationen denken. Denn zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik – und das kommt bei Ihnen überhaupt nicht zum Zuge, meine Damen und Herren von der Opposition – gehört nicht nur die schwarze Null, sondern dazu gehört auch, die Zukunftsaufgaben zu bewältigen und den nachfolgenden Generationen nicht aufgrund fehlender Integrationsleistungen, aufgrund schlechter Bildung Aufgaben zu hinterlassen, die sie nicht mehr auffangen können. Das gehört auch dazu, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu dem, was Sie hier in der Debatte geäußert haben, Herr Witzel und Herr Dr. Optendrenk, muss man wirklich sagen: Im Westen nichts Neues. Das waren im Wesentlichen Äußerungen, nach dem Motto: Sozis können nicht mit Geld umgehen, und die Regierung ist derart links, dass selbst der Kontostand rot ist.

Ich habe in den Beratungen schon darauf gewartet – heute beraten wir die Einzelpläne,

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das stimmt aber alles! Das ist nicht neu! Das stimmt!)

und ich bitte die Kolleginnen und Kollegen von der Pressetribüne einmal, darauf zu achten –, dass Sie wieder in jedem Einzelplan Ihre fachpolitischen Sprecher von der Kette lassen, die dann zu jedem einzelnen Plan sagen: Das ist ein guter Ansatz, aber es ist noch nicht genug. – Das gilt für den Bereich Bildung, Inneres, Kultur oder bei den Einzelplänen, die wir heute beraten.

Sie haben eine Arbeitsteilung, die der Kollege Witzel in der letzten HFA-Sitzung offen zugegeben hat. Nachdem die FDP ein Dutzend Mal Ihre Kolleginnen und Kollegen aus den Fachausschüssen überstimmt hat, die sich dort enthalten hatten, und die FDP im HFA mit Nein gestimmt hat, haben wir gefragt: Herr Witzel, was machen Sie denn da eigentlich? Wie kommen Sie denn mit Ihren Fachkollegen klar, zum Beispiel mit Frau Freimuth, die mich gerade fragend anguckt, wenn sie im Fachausschuss anders abstimmt als Sie, Herr Witzel, im HFA?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die reden einfach nicht miteinander!)

Daraufhin sagte Herr Witzel: Aber wir haben doch die Haushaltsverantwortung.

Meine Damen und Herren, diese Arbeitsteilung können Sie auch wirklich nur in der Opposition vornehmen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Dass Sie dann wie bei „Asterix und Obelix“ die fachpolitischen Sprecher wie den Barden Trubadix während der Haushaltsberatung wegsperren, ist etwas, was wir nicht machen.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Im Gegenteil: Wir werden eine Reihe von Änderungsanträgen mit unterschiedlichen Schwerpunkten einbringen, die wir schon zur zweiten Lesung in die Fachausschüsse gegeben haben. Das sind alle samt Schwerpunkte, die der Zukunft dieses Landes dienlich sind. Selbstverständlich werden wir auch außerhalb des Haushaltsverfahrens aktuelle Entwicklungen aufmerksam verfolgen. Das gilt insbesondere für den Bereich der Flüchtlingsunterbringung. Außerdem sind weitere Änderungen beim KiBiz angekündigt. Das sind die Schwerpunkte.

(Marcel Hafke [FDP]: Erklären Sie doch mal!)

Sie tragen mit diesen beschlossenen Mitteln und diesen Anträgen dazu bei, rechtzeitig und konsequent nachzusteuern und gute Schwerpunkte zu setzen, um die Aufgaben, die vor uns liegen, zu bewältigen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Abel. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Schulz.

**Dietmar Schulz (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Saal und am Stream! Oftmals fällt es schwer, einen Einstieg zu finden. Aber heute fällt es mir ehrlich gesagt leicht. Ich möchte direkt die Worte des Herrn Kollegen Zimkeit von der SPD aufgreifen, der sagte: Wir holen das Geld nicht nur von jungen Familien, sondern auch von Unternehmern. – Das ist ein ganz großartiger Satz gewesen.

(Henning Höne [FDP]: „Unser Geld“ hat Herr Zimkeit gesagt!)

– Sogar „unser Geld“, also das Geld der Landesregierung, das dem Herrn Finanzminister gerade im Jahr 2015,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Ich bin nicht mehr Minister der Landesregierung, Herr Schulz! – Michele Marsching [PIRATEN]: Das ist das Problem!)

aber auch prospektiv für 2016 als sprudelnder Quell Steuermehreinnahmen beschert, und das vor dem Hintergrund drastisch gesunkener Refinanzierungskosten für die Aufnahme von Krediten. Diese positiven Entwicklungen fallen also nicht dem Glücksritter, lieber Herr Witzel – das hatten wir schon einmal im Ausschuss thematisiert –, sondern unserer Auffassung nach dem Glückskind Dr. Norbert Walter-Borjans in den Schoß.

Sie sprachen zu Recht von den Verbesserungen in Höhe von 17 Milliarden € bei den steuerlichen Einnahmen seit 2010. In diesem Zusammenhang kam die Frage auf: Wo sind sie denn geblieben? – Interessanterweise kam die Frage aber aus den regierungstragenden Fraktionen; die müssten doch eigentlich wissen, wo sie geblieben sind. Nun wird heute abgefeiert, was im Bereich der Betreuung, Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen alles getan werden soll, und das soll ein fast 70-Milliarden-€-Haushalt tragen, wobei das nun noch einmal weniger als 10 % der Ausgaben sind, die für 2016 anstehen.

(Zuruf von der SPD: Was?)

– Das ist so. Es sind weniger als 10 %. 4 Milliarden € von 70 Milliarden € sind weniger als 10 %. Das ist völlig klar. Aber eines muss man ganz klar sehen: Das Land Nordrhein-Westfalen hat diese Aufgaben der Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern zu bewältigen, und das kann nicht die Begründung für einen Landeshaushalt sein.

(Zuruf von Eva Voigt-Küppers [SPD])

– Das kann nicht die Begründung für einen Landeshaushalt allein sein. Wir kommen noch zu den anderen Punkten.

Vor allem ergibt sich auf der Einnahmeseite die Frage, wie es denn bitte sein kann, dass die regierungstragenden Fraktionen letzte Woche zwischen der Einbringung der Ergänzungsvorlage – das waren über 193 Seiten vonseiten der Landesregierung – und der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses bei Vorlage von Änderungsanträgen mal eben Restdeckungsmittel in Höhe von 31 Millionen € finden konnten und damit ihre Änderungsanträge quasi gegenfinanzieren wollen. Sehr schön.

In dem Zusammenhang fragt man sich also: Was tut das Finanzministerium? Wie viele Schubladen gibt es denn da noch, in denen möglicherweise überflüssige Buchungen gefunden werden, die dann hergenommen werden, um das Füllhorn vorgezogener Wahlgeschenke auf das Land Nordrhein-Westfalen zu verteilen? Denn nichts anderes ist Ihren Änderungsanträgen im Wesentlichen zu entnehmen.

Dabei schließe ich ausdrücklich – Herr Kollege Zimkeit, Sie schütteln den Kopf – diejenigen Ausgaben aus, die dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Salafismus dienen, diejenigen Ausgaben, die den Unterstützern von Gewalt dienen, diejenigen Ausgaben, die der Unterstützung von Opfern von Gewalt und vor allen Dingen auch von Opfern von Gewalt gegen Frauen dienen, diejenigen Ausgaben, die der Sportförderung dienen. Davon ausgenommen sind allerdings nicht diejenigen, die dem Reitsport dienen. Ich meine die 50.000 €, die Sie noch einmal oben draufgepackt haben, um irgendwelche Zuchtergebnisse im Hinblick auf irgendeine Olympiade zu verbessern.

(Zuruf von der FDP)

– Ach, wissen Sie, 250.000 € für die Förderung der Pferdezucht auszugeben, ist geradezu lächerlich. Da müssten Sie noch zwei Nullen dranhängen, wenn nicht sogar drei, um überhaupt einen Effekt zu erzielen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das machen wir doch jetzt mit dem Glücksspiel!)

Das zeugt jedenfalls nicht von Sachkunde. Aber man kann für die Herrschaften natürlich noch einmal 50.000 € draufpacken. Damit könnte man eventuell den einen oder anderen Wähler gewinnen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Lesen können Sie auch nicht!)

Herr Finanzminister, wie viele von den eben genannten Puffern von 31 Millionen € verstecken Sie noch im Haushalt? Entspricht das dem Gebot der Haushaltsklarheit?

In diesem Zusammenhang richtet sich folgende Frage an die regierungstragenden Fraktionen: Wo-

her wussten Sie eigentlich, dass man diesen Titel, um den es da geht, um genau 31.019.000 € absenken kann? Aus den Berichterstattergesprächen jedenfalls nicht! Das können also allenfalls Insiderinformationen sein, die Ihnen möglicherweise aus den Ergebnissen der Arbeiten des Effizienzteams zuge wachsen sind.

Kommen wir einmal zur Ausgabenseite. Hier haben die regierungstragenden Fraktionen wunderbar dargestellt, was für tolle Mehrausgaben für Zukunftsinvestitionen und für die Sicherung des Bildungsstandorts Nordrhein-Westfalen anstehen. Auch für die innere Sicherheit wird sicherlich einiges getan. Sie reden hier von Stellenaufwüchsen von 2.350 Lehrerinnen und Lehrern für die Integration, weiteren insgesamt 5.700 Lehrerstellen seit 2010 sowie 1.900 Polizisten, die im Jahre 2016 dazukommen sollen. Wohlgermerkt: Dabei geht es um Stellen. Die Frage der Besetzung ist damit noch längst nicht geklärt. Wenn Sie nicht in die Ausbildungsstandorte investieren, um die Anwärterinnen und Anwärter dann überhaupt noch ausbilden zu können, und im Übrigen noch nicht einmal klar ist, ob ausreichend Bewerberzahlen für alle diese Stellen gegeben sein werden ...

(Heike Gebhard [SPD]: Das ist im Ausschuss ausreichend nachgewiesen worden!)

– Frau Kollegin Gebhard, nachgewiesen wird das letztendlich beim Haushaltsvollzug. Wir werden uns natürlich auch unterjährig im Jahre 2016, insbesondere in den Fachausschüssen, die Besetzung der von Ihnen ausgewiesenen Stellen anschauen.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Reine Mäkelei ist das!)

Die Ausgaben für Flüchtlinge im Jahre 2016 basieren darüber hinaus auf überholten Zahlen und Planungen. Wir wissen aufgrund der Begründung zum Haushaltsgesetz, dass Sie von 800.000 Zuwandern, Flüchtlingen und Asylbewerbern im Jahre 2015 ausgehen und diese Zahl auch auf 2016 übertragen. An dieser Stelle weise ich einmal auf die Anhörung in der letzten Woche zur Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetzentwurf 2016 hin.

Dort haben die kommunalen Spitzenverbände, also die wichtigsten Vertreter der Menschen im Lande Nordrhein-Westfalen auf mittlerer Ebene, erklärt: Wir rechnen damit, dass 300.000 bis 350.000 zusätzliche Flüchtlinge und Asylbewerber in 2016 zu uns kommen. – Ich habe nachgefragt, wie sie auf diese Zahlen kommen. Sie berufen sich auf Flüchtlingsorganisationen und auf Annahmen anderer Institute. Diese Zahlen sind durchaus ernst zu nehmen; denn internationale Flüchtlingsorganisationen gehen ebenfalls von einem erheblichen Ansteigen der Zahlen auch in 2016 aus.

Stattdessen kalkuliert die Landesregierung anhand der Zahl von 800.000. Dabei wissen wir, dass die Zahl von 800.000 – nach dem Königsteiner Schlüs-

sel entfallen davon rund 20 % auf Nordrhein-Westfalen – im Jahre 2015 schon jetzt deutlich überschritten ist, weil wir bereits heute bei einer Aufnahme von über 200.000 Flüchtlingen aus betroffenen Ländern liegen.

Sie können natürlich sagen: Wir haben jetzt 4 Milliarden € eingestellt; dann schauen wir am Ende einmal, was dabei herauskommt, und gucken unterjährig, wie sich die Sache darstellt. – Genau so wird es sein. So hat es sich auch im Jahre 2015 mit insgesamt mehreren Nachtragshaushalten gezeigt, von denen zwei Nachtragshaushalte auch die Situation von Flüchtlingen berücksichtigten. So wird es wahrscheinlich auch im nächsten Jahr kommen müssen; denn weitsichtige Politik sehen wir an dieser Stelle nicht.

Auch vonseiten der Piratenfraktion haben wir seit Jahren, nämlich seit 2012, vorgetragen, dass ein erheblicher Mehraufwand im Bereich der Vorsorge für Flüchtlinge bzw. Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus Krisengebieten im Anschluss an den sogenannten Arabischen Frühling erforderlich werde. Das hat die Landesregierung seit 2012 beharrlich ignoriert. Jetzt rennt und hechelt sie den Entwicklungen hinterher.

(Beifall von den PIRATEN)

Hier werden Zukunftsinvestitionen vorgetragen, zu denen im Übrigen natürlich auch eine auskömmliche Integrationsfinanzierung gehört. Aber auch da bleibt – ich erwähnte es bereits – die Landesregierung trotz der Rekordsteuereinnahmen hinter den tatsächlichen Anforderungen zurück.

Ebenfalls mit Blick auf die Rekordsteuereinnahmen liegen die projektierten Ausgaben für den Breitbandausbau hinter den Möglichkeiten und vor allen Dingen hinter den Notwendigkeiten zurück. Ja, Sie haben mit der Ergänzungsvorlage nachgebessert, aber auch erst mit der Ergänzungsvorlage. Jedoch sind im Bereich Breitband die Ausgaben von 25 Millionen € für 2016 und eine Verpflichtungsermächtigung für die nächsten Jahre über insgesamt 100 Millionen € schon jetzt eine Schlappe für NRW als Zukunftsstandort. Eine flächendeckende Glasfaserversorgung in Nordrhein-Westfalen würde laut Experten, wie sie in der entsprechenden Anhörung des Wirtschaftsausschusses dieses Landtags erklärt haben, rund 6 Milliarden € kosten.

Frau Kraft und Herr Duin, beide im Moment nicht im Saal

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

– ich weiß das; sie sind trotzdem nicht da –, wollen Glasfaser. Das haben sie mehrfach verkündet. Wo sind die entsprechenden Mittel dafür im Haushalt 2016 etatisiert? Nach der MICUS-Studie braucht es insgesamt einen Aufwand von 8,6 Milliarden €. Diese Studie liegt auch der NRW.BANK, den regierungstragenden Fraktionen, der Landesregierung

und, und, und vor. 8,6 Milliarden €! Wenn man einmal davon ausgeht, dass die Glasfaserversorgung, sagen wir einmal, bis 2025 technisch umgesetzt werden sollte, bedeutete dies einen jährlichen Aufwand von 860 Millionen €. Dem stehen 25 Millionen € für das Jahr 2016 gegenüber, also weniger als 5 % der tatsächlich aufzuwendenden Kosten. Diese Landesregierung hängt die Gegenwart auch in diesem Bereich sehenden Auges von den Anforderungen der Zukunft ab.

Zu wenig Geld für Bildung ist der nächste Punkt. Hier wurde auch gesagt: Wir tun unheimlich viel für die Bildung. – Es gibt zwei korrespondierende Herausforderungen: erstens Integration, zweitens Inklusion.

Zur Integration: Wie wir gehört haben, wird es einen Stellenaufwuchs geben; 2.300 Lehrerinnen und Lehrer sollen kommen. „Kein Kind zurücklassen“ hat schon nicht funktioniert. Es bleibt abzuwarten, ob die Landesregierung es schafft, angesichts der Gesamtsituation an den Schulen in Nordrhein-Westfalen kein Flüchtlingskind zurückzulassen. Es mag sein, dass die etatisierten 2.300 Lehrerstellen mittelfristig ausreichen. Die zu beschulenden Menschen in NRW werden aber bleiben; sie sind natürlich nicht nach einem Jahr weg. Auch da stellt sich die Frage: Wie geht es weiter?

(Stefan Engstfeld [GRÜNE]: Da gibt es eine Antwort!)

Zur Inklusion: Diese Mammutaufgabe, die sich die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen zu Beginn dieser Legislaturperiode auf die Fahne geschrieben haben, ist nach heutigem Stand insbesondere auch an den Schulen kläglich gescheitert. Denn noch letzte Woche veröffentlichte die GEW, die relevante Gewerkschaft der Lehrerinnen und Lehrer im Land Nordrhein-Westfalen, in Bezug auf die Inklusion ein Defizit von – das war gestern schon einmal kurz Thema – 7.000 Lehrerinnen und Lehrern. Wo sind die etatisiert?

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Sagt die GEW! Hat sie aber vor vier Jahren auch schon gesagt!)

– Ja, schon seit vier Jahren. Das ist doch völlig egal, Frau Kollegin. Diese Stellen sind aber im Haushalt 2016 nicht etatisiert. Selbst wenn wir realistisch – auch unter Berücksichtigung der derzeitigen Klassengrößen – von lediglich 5.000 ausgehen, sehen wir davon im Haushaltsentwurf 2016 nichts. Das erklären Sie bitte den Eltern, das erklären Sie aber später auch den erwachsen werdenden Schülerinnen und Schülern, insbesondere jenen mit Behinderungen.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Landesregierung zeigt sich somit auch in diesem Punkt ein weiteres Mal komplett überfordert. Auch dies trotz steigender Einnahmen.

Das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den regierungstragenden Fraktionen von SPD und Grünen, muten Sie den Bürgerinnen und Bürgern und auch den Neubürgerinnen und Neubürgern zu. Ich halte das für kläglich.

Es war die Rede von Infrastruktur. Wir wissen doch, die Brücken bröckeln weiter, die Straßen sind weiterhin marode. Wenn ich morgens das Radio einschalte, höre ich von mehreren Hundert Kilometern Stau in Nordrhein-Westfalen. Das liegt sicherlich nicht daran, dass wir plötzlich nur noch Menschen aus anderen Bundesländern hier haben, Flüchtlinge, die mit Autos durch die Gegend fahren, wie es auch schon behauptet worden ist, was völliger Unsinn ist, sondern es geht einfach darum, dass die Straßen in Nordrhein-Westfalen so katastrophal sind und auch die Förderung adäquaten öffentlichen Personalverkehrs so rückständig ist, dass wir leider Gottes sagen müssen, auch in diesem Punkt sagt der Haushalt viel zu wenig aus, bleibt die Landesregierung hinter den Anforderungen zurück.

Projekt Bildung 4.0 – das ist jetzt das Neue, nachdem ja wohl Anfang des Jahres die Sache mit NRW 4.0 mit „MegaBits. MegaHerz. MegaStark.“ irgendwo bei „MegaSchwach.“ gelandet ist. Die Landesregierung – das sagte ich gerade – stellt zum Beispiel nicht ausreichend Lehrer mit digitaler Medienkompetenz zur Verfügung.

Kommen wir noch zu einem weiteren ganz wichtigen Punkt. Herr Kollege Zimkeit, ich habe Ihnen gestern ein bisschen Unrecht getan. Sie waren in der besagten Haushaltsausschusssitzung.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wie immer haben Sie was Falsches erzählt!)

– Das lassen wir einmal dahingestellt sein. Aber Frau Kollegin Gebhard war leider nicht da, die ich in dem Punkt besonders schätze, weil sie sich nämlich im entsprechenden Unterausschuss sehr positiv hinsichtlich unseres Ansinnens geäußert hat, dass es hier ganz maßgeblich auch um eine Angleichung der Entlohnung, Altersversorgung etc. zwischen Tarifbeschäftigten des Landes und verbeamteten Beschäftigten, insbesondere Lehrerinnen und Lehrern, des Landes geht. Da haben Sie im Haushalts- und Finanzausschuss geschwiegen, Herr Kollege Zimkeit. Stattdessen hat Frau Kollegin Lux, die ich selbstverständlich auch sehr schätze, gesagt: Wir verstehen dieses Anliegen. – Das ist ja klar, denn das steht in Ihrem Koalitionsvertrag. Sie sagte weiter: Aber leider Gottes müssen wir Ihren Antrag „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ablehnen.

Das ist die Sozialdemokratie im Hinblick auf das, was Gerechtigkeit im Lande Nordrhein-Westfalen bedeutet. Das ist die Sozialdemokratie, die Sie hier offensichtlich vertreten.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, kommen Sie zum Ende.

**Dietmar Schulz (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident. Ich komme selbstverständlich zum Ende.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

– Danke für den Zwischenapplaus, liebe Herrschaften von den regierungstragenden Fraktionen.

Im Zusammenhang mit den Cum-Ex-Geschäften hat der Kollege Witzel schon etwas ausgeführt. Der Finanzminister kommt möglicherweise auch da seiner Aufsichtspflicht innerhalb seines Ministeriums nicht so ganz nach. Ich frage mich immer noch, hat er inzwischen Strafanzeige gestellt. Wahrscheinlich wird diese Frage in dieser Sitzung nicht beantwortet, in der nächsten nicht und in diesem Jahr nicht mehr. Möglicherweise müssen wir ein bisschen Nachhilfe geben, wie das mit den Anzeigen läuft.

Insgesamt wird dieser Haushalt jedoch – das kann ich jetzt schon vor den Beratungen der Einzelpläne sagen – vonseiten der Piratenfraktion Ablehnung finden müssen. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung spricht Dr. Norbert Walter-Borjans.

**Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe in Erinnerung, dass in der Tagesordnung steht, es sollte heute eine Generaldebatte geben. Was ich jetzt erlebe, ist aber die Fortsetzung des bis zu sieben Stunden dauernden Haushalts- und Finanzausschusses mit allen Einzelberechnungen im Plenum.

(Widerspruch von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Mit zwei Ausnahmen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Die teilen in der Tat die Regierungsfractionen von den Oppositionsfractionen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der FDP)

– Sie haben es ja nicht gehört. Sie haben nicht das Vergnügen bei einer Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses von sieben Stunden dabei zu sein. Vielleicht fragen Sie einmal, ob Sie einen Tausch vornehmen können.

Es gibt Menschen, zu denen ich auch gehöre, die immer ausrechnen, wie viel Prozent der Lebenszeit das sind. Jedenfalls werden da Zahlen gewälzt, deren Nennung sich eigentlich auch auf den Haushalts- und Finanzausschuss beschränken sollte.

Hier sollte man sich einmal überlegen, wie das in das Große und Ganze eingepasst wird.

Ich finde, das sind wir auch denjenigen schuldig, die uns auf der Tribüne zuhören, weil sie, denke ich, mit so vielen Einzeldaten, die in einen Ausschuss gehören, in einer Plenarsitzung gar nichts anfangen können.

Mit dieser Landesregierung sind wir seit fünfeinhalb Jahren in der Verantwortung. Es hat in den letzten Jahrzehnten bisher keine fünfeinhalb Jahre gegeben – nicht nur in der Zeit der schwarz-gelben Regierung, sondern auch vorher, wie wir hier einmal feststellen dürfen –, in denen so kontinuierlich konsolidiert worden ist wie in diesen fünfeinhalb Jahren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lachen von der FDP)

Der Haushaltsplan, den ich übernommen habe von meinem ...

(Ralf Witzel [FDP]: Bei Steuermehreinnahmen!)

– Herr Witzel, ich verstehe überhaupt nicht, warum Sie immer wieder mit der Leier kommen, wo Sie doch genau wissen, welche Antwort Sie darauf gleich erhalten. Diese Antwort können wir auch vorziehen.

Herr Witzel erklärt immer, ich sei ein Glücksritter, weil wir so viele Mehreinnahmen hätten. Das stimmt. 15,7 Milliarden € mehr an Steuereinnahmen als 2010. Im Übrigen – auch das gehört zur Wahrheit – hatte auch die schwarz-gelbe Regierung bis zum Ende ihrer Mittelfristigen Finanzplanung bis 2013 mit 5 Milliarden € mehr gerechnet. Es sind noch mehr geworden. Aber sie hat trotz 5 Milliarden € mehr weiterhin mit derselben Kreditaufnahme von 6,5 Milliarden € gerechnet. – Warum wohl, warum wohl?

(Zurufe von CDU und FDP)

– Ja, da gibt es viele Gründe. Hören Sie mir doch einfach einmal zu! Ich habe Ihnen doch auch zugehört. 15,7 Milliarden € Mehreinnahmen hat dieser Haushalt zu verzeichnen. Das stimmt. Er hat auch 1,6 Milliarden € weniger Zinsausgaben zu verzeichnen

(Zuruf: Pro Jahr!)

– nein, nicht pro Jahr – in den fünf Jahren. Das sind 17,3 Milliarden € mehr, die zur Verfügung stehen.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Jetzt fragt man sich: Warum sind damit nicht die Schulden gesenkt worden? Das kann ich Ihnen sagen: Weil rund 9 Milliarden € mehr an die Kommunen gehen, weil unsere Kommunen nicht nur im Betrag so viel wie nie vorher bekommen, sondern auch im Anteil am Landeshaushalt noch nie so viel bekommen haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

4,6 Milliarden € von diesen 17 Milliarden € sind an das Personal gegangen, und zwar nicht durch Stellenaufbau, sondern durch mehr Besoldung, und zwar bei einer Opposition, die sich immer hinstellt und den Beamtinnen und Beamten, den Beschäftigten im Land erzählt, es müsste viel mehr sein. Wir wissen, dass es nur begrenzt geht. Hier war niemand, der gesagt hat, sie sollen weniger verdienen. Sie kommen nur und sagen: Man kann 10.000 bis 15.000 Stellen einsparen. Aber alles, was hier heute gesagt worden ist, alles, was an Anträgen vorliegt, sind mehr Stellen für Polizei, mehr für Lehrer, mehr für Justiz, mehr für die Wissenschaft und nie weniger.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist nur die pauschale Berechnung, die Sie für den Abbau von Stellen vorlegen.

Damit sind wir schon bei 13,5 Milliarden €, die von den 17 Milliarden € sozusagen verfrühstückt sind. Dann bleiben 3,8 Milliarden € übrig. Wir haben aber in der Zeit gegenüber der Planung 2010 die Kreditaufnahme um 4,8 Milliarden € zurückgefahren. Das heißt, da muss doch auch gespart worden sein, sonst geht Ihre Rechnung nämlich nicht auf.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist der Punkt. Wir haben eindeutig mehr als das, was wirklich zur Verfügung stand, zum Sparen genutzt, weil wir nämlich auch Förderprogramme überprüft haben, Förderprogramme abgebaut haben. Die Regierung Schwarz-Gelb war angetreten, Förderprogrammen um 20 % kürzen zu wollen. Am Ende hat sie 220 Millionen € für Förderprogramme mehr ausgegeben. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Dann gehört dazu, dass ich im ersten Jahr meiner Amtszeit einen Haushalt übernommen habe, bei dem 11 Cent von jedem Euro an Ausgaben in diesem Haushalt kreditfinanziert war. Jetzt sind es 2,5 Cent. Es waren noch nie 2,5 Cent von einem Euro in einem nordrhein-westfälischen Landeshaushalt in den letzten jedenfalls 40, 50 Jahren, die man statistisch zurückverfolgen kann!

Dann ein Punkt, der auch interessant sein könnte: die Zinsquote. Wie viel wurde aus dem Haushalt Jahres 2010 an Zinsen veranschlagt? Das waren 8,4 %. Das ist natürlich weniger geworden, weil die Zinsen gesunken sind. Das haben nicht wir zu verantworten, aber es sind jetzt 5,2 %. Einen Augenblick bitte! Die 8,4 % im Jahre 2010 waren Rang 12 unter den Ländern. Elf Länder hatten eine geringere Zinsquote. Jetzt sind wir Rang sieben unter Bund und Ländern. Wie kann das sein, wenn sich nicht die relative Position, was die Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen angeht, verbessert hätte? Das sollten Sie einmal sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Optendrenk, ich stehe dazu, dass ein Haushaltsgesetzgeber auch dafür da ist, sinnvolle Ausgaben zu tätigen. Das, was hier zum Teil diskutiert wird, kommt in der Öffentlichkeit so an, dass ein guter Haushalt der ist: je weniger Ausgaben desto besser. Ich kann Ihnen sagen: Sie können einen ausgeglichenen Haushalt auch hinkriegen mit null Einnahmen und null Ausgaben. Aber in der Gesellschaft möchte ich nicht leben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wer Verantwortung wahrnimmt, der weiß, dass Menschen Erwartungen an den Staat haben, zu Recht Erwartungen haben, was Infrastruktur angeht, was Bildung, Ausbildung angeht, was Sicherheit angeht, was Zusammenhalt angeht. Das muss sich in einem Haushalt wiederfinden, und das findet sich in diesem Haushalt wieder. Und dafür muss es auch die entsprechenden Einnahmen geben.

Auch die Gebetsmühle mit den sprudelnden Steuerquellen und den Rekordeinnahmen kommt immer wieder. Die Rekordeinnahme ist der Normalfall. Jedes Jahr wächst die Wirtschaft. Solange die Wirtschaft wächst, wächst auch das Steuereinkommen des Staates. Selbst wenn es so wäre, dass nichts in einem Haushalt geändert würde, dann ist der Haushalt des nächsten Jahres teurer als der dieses Jahres. Das kennt jeder von seinem privaten Portemonnaie. Wir haben Aufgaben, wir haben auch steigende Erwartungen der Menschen. Wir haben im Übrigen auch enorm steigende Erwartungen der Opposition an das, was mit diesem Haushalt finanziert werden soll.

Deswegen geht es doch nicht darum, dass man fünf Jahre vorher – das ist die alte Fünfjahres-Planung, die sie offenbar hier immer wieder beleben wollen – genau vorhersehen kann, was passiert. Nein, ich bin nicht derjenige, der Ihnen 2010 hätte sagen können, wie es mit der WestLB weitergeht, was sich im Bereich von Flüchtlingen tut. Das hätte ich Ihnen nicht sagen können.

Für mich besteht die Kunst einer anständigen und soliden Finanzpolitik nicht darin, Spökenkiekereei zu betreiben, Ihnen heute zu sagen, was in fünf Jahren passiert, sondern sie besteht darin, richtig mit dem umzugehen, was an Vorhersehbarem und auch an Unvorhergesehenem auf uns zukommt.

Da ist die WestLB im Übrigen ein sehr gutes Beispiel. Da ist es uns, allen Verantwortlichen, die daran beteiligt sind, gelungen, eine Bank, die einmal die Größe der Deutschen Bank hatte, in diesem globalen Finanzmarkt wirklich still herunterzukochen, dass wir heute an einem Punkt sind, dass dieses Thema bei dem großen Risiko, das es nicht nur für den nordrhein-westfälischen Landeshaushalt, nicht nur für das Land Nordrhein-Westfalen, nicht nur für Deutschland, sondern global bedeutet hat, bisher hervorragend abgearbeitet worden ist –

mit allen Risiken und allen Unwägbarkeiten, die da noch drinstecken.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Es ist völlig anders gelaufen, als man sich das am Anfang ausgemalt hat – das stimmt –, weil sich Rahmenbedingungen verändert haben, weil Auflagen der Europäischen Kommission sich verändert haben. Darauf haben wir reagiert.

Dasselbe ist doch das, was wir mit dem Thema „Zuwanderung von Menschen auf der Flucht“ gemacht haben. Das haben Sie nicht, das haben wir nicht vor einem Jahr vorausgesehen. Ich kann Ihnen heute auch nicht sagen, was in zwei Jahren sein wird. Ich kann Ihnen nicht einmal sagen, was in einem halben Jahr sein wird und wie viele Menschen dann noch kommen werden.

Eines kann ich Ihnen allerdings sagen, nämlich dass hier ein Sonderbeispiel präventiver Politik notwendig ist. Die Menschen, die schon da sind – das gilt selbst dann, wenn morgen keiner mehr käme –, brauchen Integrationsleistungen. Wenn wir heute nicht die notwendigen Ausgaben tätigen, schaffen wir damit die Probleme, wie sie in den Banlieues von Paris, in Molenbeek und an anderer Stelle bereits greifbar sind.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist der Grund, warum wir so tief in die Tasche gegriffen haben. Es geht um die Lösung eines Problems, das sicherlich nicht hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen oder in den kommunalen Räten entstanden ist. Es ist auch nicht im Bundestag entstanden. Aber ich bitte Sie, doch auch zu berücksichtigen, dass der Zerfall von Syrien und Libyen nichts ist, worauf die Kämmerer und Landesfinanzminister ihre Finanzplanung aufsetzen müssten. Welche Krisenherde der nächsten Jahre sollten wir denn Ihrer Meinung nach schon jetzt in die Finanzplanung aufnehmen? Wenn dafür nicht der Bund die Finanzverantwortung trägt – ja wer denn sonst?

Eines noch: Herr Schulz, es ist ja schön, wenn Sie sagen, dass nicht einmal 10 % des Haushalts für die Flüchtlingshilfe veranschlagt ist. Aber: Wir reden von einem Haushaltsvolumen von knapp 70 Milliarden €. Wir reden von einer Zuwanderung in der Größenordnung von 1 % der Bevölkerung. Hierfür setzen wir ungefähr 5 % bis 6 % des gesamten Haushaltsvolumens ein. Und das halten Sie für zu klein gegriffen?

Ich kann Ihnen nur sagen: Im Haushalt 2016 geben wir 4 Milliarden € dafür aus, unserer humanitären Verpflichtung gerecht zu werden. Zum Nutzen der Menschen, die zu uns kommen, aber auch zu unserem eigenen Nutzen wollen wir jetzt die richtigen Schritte unternehmen, was Bildung und Sicherheit angeht, was menschenwürdige Unterbringung und was Wohnungsbau angeht. Das alles müssen wir jetzt auf den richtigen Weg bringen.

Wir geben 4 Milliarden € aus; davon gehen rund 2,6 Milliarden € in die Kommunen. Der Bund gibt, wenn ich die Zahlungen für die unbegleiteten Jugendlichen noch zu den Pauschalen hinzuzähle, knapp 800 Millionen € dazu. Wo sind denn da die klebrigen Finger des Finanzministers, wenn uns seitens des Bundes von den 4 Milliarden €, die wir ausgeben, nur rund 800 Millionen € erstattet werden? Da sage ich ganz eindeutig: Das reicht nicht. Es wird mehr sein müssen,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

wenn wir hier unserer Verantwortung gerecht werden wollen.

Ich habe Ihnen noch einmal mitgebracht, was über Herrn Schäuble schon im September dieses Jahres berichtet worden ist. Da heißt es in der „Süddeutschen Zeitung“:

„Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) trifft Vorsorge, um die steigenden Kosten der Flüchtlingskrise finanzieren zu können. Dazu soll der in diesem Jahr erwartete Milliardenüberschuss als künftiger Puffer genutzt werden.“

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Wer regiert denn im Bund?)

– Im Bund regiert eine Große Koalition.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Genau!)

Schäuble macht das richtig. Ich sage Ihnen mal: Als Sie regiert haben, hieß der Finanzminister Linssen. Von dem könnte ich Ihnen dieselben Zitate bringen zum Haushalt 2008, als er nämlich genauso argumentiert hat. Da hat er den schönen Spruch gebracht: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. – Das war seine Begründung dafür, Überschüsse aus einem Jahr – und zwar Überschüsse aus dem, was der Landtag an Kreditaufnahme erlaubt hatte – in das nächste Jahr zu transferieren.

Herr Witzel, zu Ihrem Spruch „Wir pushen jetzt die Verschuldung hoch“: Dieser Landtag hat mit dem Haushalt 2015 eine Kreditermächtigung in Höhe von 1,9 Milliarden € beschlossen.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie brauchen nur 1,3!)

Die halten wir ein. Das ist kein Hochpushen, sondern das ist eine sinnvolle und verantwortungsvolle Nutzung dieser Mittel für das, was jetzt schon absehbar ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund will ich jetzt die einzelnen Punkte, die wir auch über das Thema „Flüchtlinge“ hinaus berücksichtigt haben – für den offenen Ganztag, für Unikliniken, für Krankenhäuser, für „Kein Abschluss ohne Anschluss“, für Breitbandausbau, für E-Government, für Radwege – in den Einzelpositionen gar nicht mehr aufzählen.

Unsere Verpflichtung besteht jetzt darin, dass wir jetzt nicht nur einen Fokus haben, sondern dass uns klar ist: Wir haben hier eine große Aufgabe zu bewältigen. Es ist aber eine Aufgabe, die am Ende diesem Land sicher auch nutzt und sogar schon jetzt nutzt; denn eine zusätzliche Ausgabe in Höhe von 4 Milliarden € ist auch ein Konjunkturpaket, das zu Steuereinnahmen führen wird. Das sollte man nicht übersehen.

Außerdem wissen wir: Dieses Land kann solche Aufgaben auf Dauer nur bewältigen, wenn es auch die Zukunftsinvestitionen weiterführt, die es angefangen hat und die jetzt fortgesetzt werden. Es muss allerdings bei dieser schwierigen Herausforderung auch die Unterstützung des Bundes bekommen, der hierfür eine ganz klare Mitverantwortung trägt.

Wir nehmen unsere inhaltliche Verantwortung wahr. Wir nehmen auch finanzielle Verantwortung wahr. Ein großer Teil der finanziellen Verantwortung für das, was jetzt die Lehrer, die Polizisten und die Kommunen zu leisten haben, ist jedoch Folge eines international schwelenden Konflikts, für den innerhalb der Bundesrepublik der Bund die Verantwortung auf der finanziellen Seite trägt.

Mit dieser Aussicht haben wir alle Chancen, jetzt nicht nur einen soliden Haushalt 2016 zu beschließen, sondern auch die richtigen Weichen dafür zu stellen, dass unsere Ziele bis 2019 und 2020 eingehalten werden, dass wir nämlich ohne weitere Kredite diesen Haushalt ausgleichen und die Investitionen der nächsten Jahre weiterführen können.

Ich hoffe, dass wir vielleicht sogar noch heute ein paar Entscheidungen dazu treffen, wie mit einem veränderten Länderfinanzausgleich eine stabile Grundlage für die Zeit nach 2020 gelegt wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister. – Ich möchte darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um eine Minute und 30 Sekunden überschritten hat. Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Dr. Optendrenk das Wort.

**Dr. Marcus Optendrenk (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, knapp vorbei ist auch daneben. So kann man, glaube ich, das titulieren, was Sie eben zum Zahlenwerk des Landeshaushaltes gesagt haben.

(Beifall von der CDU)

Wenn man sich anschaut, was vom Minister an Zahlen dargelegt worden ist, dann lag er, was die Einnahme- und die Ausgabeseite angeht, bis kurz vor Ende richtig. An der entscheidenden Stelle hat leider das Pferd vor dem Hindernis verweigert. Da hat der Minister eben behauptet, die Zinsminder-

ausgabe seit 2010 liege bei 1,6 Milliarden €. Die Wahrheit ist: Im Vergleich zur Finanzplanung 2010, die er eben als Vergleich angenommen hat, liegt die Einsparung allein im Jahr 2015 bei 1,6 Milliarden €.

Die Gesamteinsparung gegenüber der alten schwarz-gelben Mittelfristigen Finanzplanung für 2010 bis 2013 betrug – bei einer Fortschreibung bis 2015 – allein 8 Milliarden €.

(Beifall von der CDU)

8 Milliarden € – nicht 1,6 Milliarden €, sondern das Fünffache! Das erklärt auch, warum man manchmal den Eindruck hat, dass diese Rechenbeispiele weiterhin auf dem Niveau eines mallorquinischen Hütchenspielers stattfinden.

(Beifall von der CDU)

Das Ganze entspricht einer Verkäufermentalität, aber leider keinem soliden Produkt.

Das sieht man auch an dem zweiten Beispiel – das hat der Minister am Schluss angesprochen –, nämlich bei der Frage, was andere getan haben oder tun, um Zukunftsvorsorge zu tätigen. Herr Schäuble erstellt mit seiner Großen Koalition einen Haushalt, indem er aus einem Nettoüberschuss eine Rücklage bildet – nicht aus Kreditaufnahmen, sondern aus einem Nettoüberschuss. Wir haben hier einen Vorzieheffekt zu diskutieren, nämlich dass Zahlungen, die im nächsten Jahr anfallen würden, vorgezogen werden, aber nicht aufgrund von Nullverschuldung, sondern trotz Nettoneuverschuldung. Insofern ist das ein völlig anderer Sachverhalt.

Der zweite Sachverhalt bezieht sich auf unsere Regierungszeit, also Haushalt 2008 und Haushaltsvollzug. 90 % dessen, was seinerzeit mit dem Haushaltsvollzug in eine Rücklage geflossen ist, dient heute noch der rot-grünen Landesregierung als Puffer für die Absicherung der WestLB-Lasten beim Phoenix-Portfolio.

(Beifall von der CDU und Ralf Witzel [FDP])

Damals sind allein 900 Millionen € im Haushaltsvollzug – weil mehr Steuereinnahmen reinkamen, als der Haushaltsgesetzgeber angenommen hatte – in eine Rücklage gewandert. Davon sind 90 % immer noch vorhanden, und daraus werden immer noch Zinserträge generiert.

(Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE]: Von der Landesregierung!)

Diese Landesregierung ist zum Profiteur der vorausschauenden Politik von Schwarz-Gelb und des damaligen Finanzministers Helmut Linssen geworden.

(Zurufe)

Wenn man eben Äpfel mit Birnen vergleicht, muss man sich nicht wundern, dass es am Schluss irgendwie ein bisschen komisch aussieht, Herr Minister.

(Ralf Witzel [FDP]: Wo ist er denn überhaupt?)

Wenn man sich dann den Gesamtkontext noch einmal anschaut, erkennt man, dass dieser relativ einfach ist. Der Minister erklärt uns hier, man wolle doch eine Generaldebatte führen und flüchtet so vor der Verantwortung für die Struktur seines Haushalts. Er führt eine gesellschaftspolitische Debatte und keine Haushaltsgeneraldebatte.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist das Problem!)

Das ist das Markenzeichen dieser Landesregierung im gesamten Haushalt seit 2010.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schmitz zulassen?

**Dr. Marcus Optendrenk (CDU):** Aber natürlich.

(Lachen von der SPD)

**Hendrik Schmitz (CDU):** Das ist sehr nett, Herr Kollege. Ich würde Ihnen gerne die Frage stellen, ob Sie wissen, wo der Herr Minister denn ist, wenn wir schon über seinen Haushalt reden.

(Zurufe von der SPD)

Es ist ja nicht so schön, wenn er dieser parlamentarischen Gepflogenheit nicht entspricht.

(Beifall von der CDU – Dietmar Bell [SPD]: Das ist aber die richtige Frage! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

**Dr. Marcus Optendrenk (CDU):** Herr Kollege, diese Frage kann man sich mit Recht stellen. Ich vermute einmal, dass der Minister uns hier am Rederpult gleich noch selbst die Antwort geben wird. Vielleicht sollten wir ihn dann gemeinsam noch einmal fragen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wo ist denn der Herr Laschet? – Weitere Zurufe)

Ich komme zum Schluss. – Herr Kollege Abel, Sie haben in Ihrer Rede darauf hingewiesen, dass man sich mit anderen Ländern vergleichen müsse. Vergleichen Sie sich doch bitte bis zum März 2016 weiter mit dem grün-rot-regierten Baden-Württemberg. Das wäre eine einmalige Gelegenheit, das wäre eine solide Haushaltspolitik, jedenfalls solider als das,

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

was Sie versucht haben, hier wortreich zu rechtfertigen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Marc Herter [SPD])

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Gebhard.

(Ralf Witzel [FDP]: Wissen Sie, wo der Minister ist? – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Vielleicht zum Neujahrsempfang der SPD in Reutlingen!)

**Heike Gebhard (SPD):** Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Grundsatzdebatte einer Haushaltsberatung ist normalerweise die Königsdisziplin des Parlaments. Sie sollte eigentlich eine Sternstunde sein; aber diejenigen, die die Möglichkeit hatten, hier die ersten anderthalb Stunden der Debatte zu verfolgen, werden bestätigen, dass man davon doch sehr weit entfernt ist.

Denn wer genau zugehört hat, hat Folgendes festgestellt: Die Bandbreite der Stimmen aus der Opposition reicht – wenn ich dem Kollegen Schulz richtig zugehört habe – von dem Standpunkt, dass wir in diesem Haushalt an vielen Stellen angeblich viel zu wenig Geld ausgeben, bis hin zum Standpunkt des Kollegen Witzel von der FDP-Fraktion, der leugnet, dass 40.000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler auch zusätzliche Lehrerstellen erfordern.

(Beifall von der SPD)

Ich denke, das haben hoffentlich alle Lehrer und Eltern in diesem Lande mitbekommen, damit sie wissen, wo sie bei der FDP dran sind.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Die CDU scheint überhaupt keine Linie mehr zu haben. Woran mag das liegen? Wer die Haushaltsberatungen der letzten Jahre ein bisschen verfolgt hat, der wird mitbekommen haben, dass Sie fest davon ausgegangen waren, dass Rot-Grün die Schuldenbremse nicht werde einhalten und die fallende Linie nicht werde darstellen können.

Schließlich waren Sie davon ausgegangen, dass wir in 2013 noch eine Neuverschuldung in Höhe von 6,5 Milliarden € in Anspruch nehmen müssten. Stattdessen waren wir in 2013 bereits bei 3,1 Milliarden €, und diese Linie ist weiter gesunken. Um uns nicht selbst zu zitieren, verweise ich auf den PwC: Demnach ist NRW im Vergleich mit den anderen Bundesländern seit August 2014 auf einem guten Weg, und es ist davon auszugehen, dass Nordrhein-Westfalen sehr wohl die Schuldenbremse einhalten wird.

Diese Spielwiese haben Sie also nicht mehr; hier brauchen Sie eine neue. In der Vergangenheit hat man es versucht, indem man die entsprechenden Fachleute mehr Anträge stellen ließ und im Haushalts- und Finanzausschuss dann darauf achtete, dass weniger Geld ausgegeben werden sollte. Doch nun ist dies dank der Einhaltung der Schuldenbremse nicht mehr möglich.

Das führt dazu, dass im Haushalts- und Finanzausschuss kaum noch Änderungsanträge kommen, vonseiten der FDP und der Piraten gar keine. Die CDU hat zumindest noch in Fachausschüssen Anträge gestellt, und diese sind mehr als entlarvend. Dort kann man zum Beispiel lesen, dass zum Bau von neuen Straßen das Sozialticket abgeschafft werden soll.

Da weiß man doch genau, welche Gruppe gemeint ist. Den Eltern soll die Möglichkeit des beitragsfreien Kindergartenjahres genommen werden; stattdessen sollen sie den Neubau von Kindertagesstätten finanzieren. Das ist doch die wahre Linie, die hier von der Opposition gefordert wird. Das ist keine wirkliche Alternative, sondern das zeigt einfach nur, wie die Menschen belastet werden sollen.

Wirklich lächerlich werden die Vorschläge der Opposition, wenn sie im Haushalt an den Titel der Ministerpräsidentin geht, der für Veranstaltungen gedacht ist. Da wollen Sie doch tatsächlich den geringen Betrag von 350.000 € um 250.000 € auf 100.000 € reduzieren. Das ist wirklich als lächerlich zu bezeichnen, wenn man einmal nachschaut, welche Mittel dem Kollegen Rüttgers zur Verfügung gestanden haben. Der brauchte für eine einzige Veranstaltung über 500.000 € – und das mehrere Jahre hintereinander.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das zeigt einfach nur, wer da die Handschrift führt. Es wird mehr als deutlich: Die Opposition hat kein Konzept.

Eine letzte Bemerkung: Der Minister hat klargestellt, wo die zusätzlichen Mehreinnahmen landen: insbesondere bei den Kommunen. Es wird immer wieder gesagt – eines der beliebtesten Themen –: Es ist doch einsehbar, dass unsere Kommunen mehr unterstützt werden müssen. – Auch da meine ich: Mäßigen Sie sich! Denken Sie daran, was Sie den Kommunen angetan haben! Ich wiederhole es gerne noch mal. Allein meiner Kommune haben Sie pro Jahr 30 Millionen € vorenthalten. Jemand, der so etwas tut, kann uns in dieser Beziehung nicht anklagen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP-Fraktion spricht Kollege Witzel.

**Ralf Witzel (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist bezeichnend: Bei der Grundsatzdebatte zum Landeshaushalt in dieser Haushaltswoche ist die Ministerpräsidentin keine einzige Minute da, der Finanzminister fehlt in dieser Debatte seit zehn Minuten, und die Kabinettsbank ist mit nur zwei Ministern besetzt.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Dies vorweggestellt, erwarte ich Auskünfte zur Arbeitsverweigerung dieser Regierung bei der Haushaltskonsolidierung.

(Zurufe und Lachen bei der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege Witzel, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Herter zulassen?

**Ralf Witzel (FDP):** Selbstverständlich.

**Marc Herter (SPD):** Herr Kollege Witzel, herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage gestatten. – Ist Ihnen bekannt, dass zeitgleich eine Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin zum Thema „Bundesländer-Finanzbeziehungen“ stattfindet, in der es vielleicht darum geht, ob die Grundlagen, die wir gerade miteinander diskutieren, im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen verbessert werden können? Stimmen Sie mir zu, Herr Witzel, dass es an dieser Stelle im Interesse von Nordrhein-Westfalen und von uns allen liegt,

(Zurufe von der CDU)

dass das erfolgreich verläuft? – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, bitte.

**Ralf Witzel (FDP):** Herr Kollege Herter, ich habe natürlich Ihre Zwischenfrage gerne zugelassen, weil ich es für selbstverständlich halte, in einer Demokratie Wort und Widerworte miteinander auszutragen.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Zuruf von Marc Herter [SPD])

In der Sache freuen wir uns selbstverständlich auch als Opposition, wenn es zu strukturellen Verbesserungen beim Länderfinanzausgleich kommt.

(Nadja Lüders [SPD]: Aha!)

Wir haben aber die Bitte und die Erwartung, dass in den anderthalb Stunden der Haushaltsdebatte hier, die ja die Grundsatzdebatte ist, für die Diskussion ein ressortleitendes Mitglied der Landesregierung zur Verfügung steht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Unsere Bitte ist es, dies zu ermöglichen. Wir bitten den Finanzminister, darzustellen, wo er seinen strukturellen Konsolidierungsbeitrag sieht. Wir sehen da mehr Arbeitsverweigerung und Zufallsergebnisse.

(Beifall von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Wenn Sie gerne öffentlich auftreten als der brutalstmögliche Aufklärer zweifelhafter Steuerpraktiken, dann müssen Sie auch erklären, warum Sie beim Thema „WestLB und Cum-Ex“ zum Heimlichster des Jahres im Landeskabinett werden,

(Zurufe von den GRÜNEN)

warum Sie dem Parlament die Unterlagen nicht vorlegen, die es vielleicht ermöglichen würden, Ihren Standpunkt nachzuvollziehen, den Sie öffentlich eingenommen haben.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Herr Witzel, das ist so erbärmlich, was Sie da vortragen!)

Sie sollten darlegen, welche Kosten noch auf uns zukommen und welche nicht realisierten Chancen bei Nacherlösen aus Klageaktivitäten in den USA noch realisiert werden können.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wir bekommen immer nur Klagen und Verfahren zulasten der WestLB mit. Was tun Sie aktiv, um auch die Chancen zu nutzen? Das sollten Sie in diesem Parlament adäquat darstellen. Wie gesagt, Ihre Haushaltspolitik hat seinerzeit mit dem Verfassungsgerichtsurteil begonnen, als Sie damals schon versucht haben, 1 Milliarde € auf die Seite zu legen. Das ist dankenswerterweise vor dem Verfassungsgerichtshof gescheitert.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege.

**Ralf Witzel (FDP):** Mein letzter Satz. – Deshalb glaube ich, es ist nicht unberechtigt, wenn wir sagen, dass sich hier der Bogen Ihrer Trickserien im Landeshaushalt schließt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Piratenfraktion Kollege Schulz.

**Dietmar Schulz (PIRATEN):** Danke, Herr Präsident. – Ich werde die restlichen Sekunden meiner Redezeit nutzen, um kurz auf Frau Kollegin Gebhard einzugehen. Sie sagen, die Opposition habe kein Konzept. Vonseiten der Piratenfraktion weise ich auf die Rede zur Einbringung des Haushalts unseres Fraktionsvorsitzenden hin, in der das Konzept genannt ist. Die Änderungsanträge sind im Haushalts- und Finanzausschuss angekündigt. Zu sagen, es gebe keine, ist eine falsche Grundannahme.

Hinzu kommt noch eines: Ich erinnere an die Haushaltsberatungen im letzten Jahr, in denen es von Rot-Grün auch Änderungsanträge gab, groß angekündigt, die in der letzten HFA-Sitzung vor der drit-

ten Lesung mit Sperrvermerk herauskamen und noch nicht mal ausreichend beraten werden konnten.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Das dürfen die regierungstragenden Fraktionen uns als Opposition nicht vorwerfen.

(Beifall von den PIRATEN)

Das nehme ich für die Piratenfraktion so nicht hin, sondern weise das mit allem Nachdruck zurück. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung spricht noch einmal Herr Finanzminister Dr. Walter-Borjans.

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Abgeordnete von CDU und FDP, ich gehöre nicht zu denen, die sich bei Debatten, die mein Haus betreffen, aus dem Plenum entfernen, wenn es dafür nicht einen schwerwiegenden Grund gibt. Es gibt gerade eine Verhandlungspause bei der Ministerpräsidentenkonferenz zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Die Ministerpräsidentin hat mich angerufen, und wir haben uns abgestimmt, wie die nächsten Schritte in Berlin zu vollziehen sind.

Ich würde mir sehr wünschen,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

wenn Sie dafür Verständnis hätten, ohne dem Versuch zu unterliegen, daraus wieder eines Ihrer Skandalchen zu machen, für die wir schon einige Beispiele aus der Vergangenheit nennen können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Stefan Zimkeit [SPD]: Herr Witzel, Sie sollten sich mal entschuldigen! – Zuruf von Ralf Witzel [FDP] – Zuruf von den GRÜNEN: Arbeitsverweigerung!)

– Herr Schmitz scheint das zu einer Spezialität zu entwickeln. Er hat in diesem Punkt ja interessante Kleine Anfragen gestellt, zu denen es auch Antworten gibt, die wir uns noch einmal ansehen können.

Ich will Ihnen nur noch ganz kurz sagen: Das, was wir machen, ist eine strukturelle Konsolidierung. Ich glaube, wenn man das über fünfeneinhalb Jahre in dieser Weise belegen kann, dann ist das gut zu erkennen.

Herr Optendrenk, Sie legen sich die Wirklichkeit zu recht. Herr Linssen hat nicht etwa aus Überschüssen in eine Rücklage gepackt. Sie haben in dem Jahr, als damals die Vorsorge getroffen worden ist, 1,1 Milliarden € Kredit aufgenommen – im Übrigen eine Vorsorge, die ich richtig finde, bei deren Auf-

stockung Sie aber vor das Verfassungsgericht gezogen sind. Sie haben sich sagen lassen müssen, dass auch das, was Herr Linssen gemacht hat, nach diesen Kriterien eigentlich nicht erlaubt gewesen wäre.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU: Nein!)

Der zweite Punkt ist – ich habe es eben schon zitiert –: Es gibt eine Reihe von Aussagen von Herrn Linssen. Er hat hier oder in Interviews gesagt: Es kommt darauf an, dass der Plan stimmt; wie das ist im anschließenden Verlauf aussieht, ist eine andere Frage.

Das ist nicht meine Vorgehensweise in diesem Punkt. Wir haben eine strukturelle Konsolidierung nicht nur vorgesehen und angepeilt, sondern wir haben sie bis jetzt Schritt für Schritt umgesetzt. All das, was jeweils nicht an Kreditermächtigungen ausgeschöpft worden ist, haben Sie anschließend als gefundene Milliarden dargestellt. Ich kann Ihnen nur sagen: Ja, die haben wir jedes Jahr gefunden. Sie sind nur, nachdem Sie einmal versucht haben, einen Skandal daraus zu machen, sehr still geworden, weil Sie gemerkt haben, wie erfolgreich dieser Weg ist.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dann noch zu einem Punkt – obwohl das eigentlich nur am Rande zum Thema „Haushalt 2016“ gehört; aber es ist nun mal eines der Hobbys von Herrn Witzel –:

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Herr Witzel, wenn man den Medienberichten die WestLB betreffend Glauben schenken darf – ich selbst habe mir die Auswertungsergebnisse ganz bewusst nicht daraufhin angesehen, um welche Banken es sich handelt –, dann geht es um die Mediendarstellung in den Jahren 2006 bis 2008; das scheint zumindest gesichert zu sein.

Wie scheinheilig sind Sie? Wieso ist derjenige, auf dessen Initiative hin eine CD erworben worden ist, die das Ganze aufdeckt, der, der für Intransparenz sorgt? Aber haben Sie denn transparent gearbeitet?

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wieso haben Sie nie Fragen gestellt? Ich bin derjenige, der den Aufsichtsratsvorsitzenden der Portigon gebeten hat, der Sache nachzugehen. Dann hat der Aufsichtsrat für eine gutachterliche Stellungnahme gesorgt. Sie wissen, dass ich derjenige im Haushalts- und Finanzausschuss war, der den Vorstand der Portigon aufgefordert hat, diese Expertise zu veröffentlichen. Ich habe gesagt: Ich werde sogar, wenn der Vorstand es nicht macht, prüfen lassen, ob ich das dann als Aufsichtsratsmitglied und Minister tun darf. – Mir also zu unterstellen, ich woll-

te hier verdunkeln, das ist doch Irreführung! Das kann man sich doch gar nicht vorstellen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie wissen das doch. Das ist Ihre Masche. Ich habe den Eindruck, dass Sie manchmal einfach nicht Ihre Scheuklappen ablegen. Sie haben sich einen Vorwurf ausgedacht, der aus jeder Kleinen Anfrage, aus jedem Wortbeitrag quillt. Man kann Ihnen die Wirklichkeit entgegenhalten, man kann Ihnen Belege entgegenhalten.

Ich sage Ihnen: Das, was Sie heute gesagt haben, wird auch nach der Antwort, die Sie jetzt von mir bekommen haben, noch mehrfach Ihr Redebeitrag in diesem Landtag sein. Ganz ehrlich: Das wird dem Anspruch eines solchen Hauses nicht gerecht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Diese Landesregierung hat nun wirklich erkennbar über die Grenzen des Landes hinaus enorm viel dazu beigetragen, dass Steuern nicht umgangen werden und dass Steuerschlupflöcher geschlossen werden können. Ich würde mir wünschen, dass Sie sich noch einmal Ihre eigenen Redebeiträge der letzten Jahre ansehen.

Dann könnten Sie feststellen, wie schwer es war, Sie ein bisschen auf den Kurs zu bringen, dass Sie das, was da ursprünglich gemacht worden ist und was wir aufgedeckt haben, nicht für Steuerwettbewerb halten, sondern dass es ein kriminelles Verhalten gegenüber der Allgemeinheit ist, wenn sich Leute ihre eigenen Steuergesetze machen. Dazu gehören Einzelpersonen, Unternehmen und auch diejenigen, die dafür Verantwortung tragen, gleich welcher Partei, gleich zu welchem Eigentümer sie gehören. Genauso gehen wir vor. Genauso wird das auch weiterverfolgt.

Wenn die Steuerfahndung Ansatzpunkte dafür hat, dass in der WestLB etwas nicht richtig bewegt worden ist, dann ist das genauso ein Grund, strafrechtlich dagegen vorzugehen, wie es bei jeder privaten Bank auch der Fall ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister. Die Landesregierung hat ihre Redezeit nochmals um 6 Minuten und 8 Sekunden überzogen. – Für die CDU-Fraktion hat sich Dr. Optendrenk gemeldet.

(Michael Hübner [SPD]: Das „Ironie“-Schild nicht vergessen!)

**Dr. Marcus Optendrenk (CDU):** Herr Minister, weil Sie eben aus dem dargelegten Grund nicht die Gelegenheit hatten, zu hören, was ich zu dem Thema „Rücklagenbildung“ gesagt habe, möchte ich Ihnen Irrtum, den Sie gerade noch einmal vertieft haben, widerlegen.

(Zuruf von der SPD: Ironie, nicht?)

Sie erliegen einem zweifachen Irrtum: Das eine ist der Irrtum, dass das, was 2008 im Haushaltsvollzug in eine Rücklage für die WestLB-Finanzierung sowie die Kosten und Risiken aus der Phoenix-Portfolio-Gestaltung eingezahlt worden ist, eine illegale Rücklage gewesen sei. Im Gegenteil! Sie sind heute noch, und zwar seit 2010, der Hauptprofiteur dieser Rücklage, weil Sie deshalb keine Garantiezuhaltungen für WestLB-Zahlungen in Ihren Haushaltsplan haben einstellen müssen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Aber genau das hat er doch gesagt!)

Das war eine rechtlich saubere und in der Sache richtige Entscheidung der damaligen Landesregierung.

(Beifall von der CDU)

Das Zweite ist: Wenn Sie die Rücklagenbildung der Großen Koalition in Berlin ansprechen, dann beachten Sie bitte, dass der Unterschied zu dem, was Sie hier vorschlagen, ganz einfach ist. Sie haben keine Nettoüberschüsse im Haushalt. Herr Schäuble hat im Haushaltsvollzug einen Nettoüberschuss.

(Minister Dr. Norbert Walter-Borjans: Ich muss die genauso tilgen! Das wissen Sie!)

Er macht null neue Schulden und packt in Rücklagen nur das rein, was er nicht an Nettoneuverschuldung hat.

(Minister Dr. Norbert Walter-Borjans: Das ist falsch!)

Er hat einen Schuldenstand und könnte tilgen, und er entscheidet sich, einen jahresbezogenen Überschuss in eine Rücklage für zukünftige Jahre zu geben. Sie haben aber bei Weitem keinen jahresbezogenen Überschuss.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

Sie haben ihn nicht! Deshalb war das Kriterium etwa des Landesrechnungshofs bei der Frage, ob Sie zum Beispiel überhaupt Pensionsvorsorge machen dürfen – das hat Ihnen auch das Verfassungsgericht gesagt –: Sie brauchen eine positive Zinsdifferenz zwischen dem, was Sie da erwirtschaften, und dem, was Sie sonst aufnehmen würden.

Sie haben selbst in Vorlagen auch nach 2010 dem Parlament vorgetragen, dass beispielsweise die Vorsorge für Zukunftslasten im Bereich der Pensionen in der Zinseinnahme ertragreicher ist, als was Sie an Zinsen zahlen würden. Nur unter den Kriterien war es nach Auffassung des Landesverfassungsgerichts in Ordnung. Dagegen hat keiner etwas einzuwenden.

Das Verfassungsgericht hätte Ihnen auch nicht im Nachtrag 2010 die rote Karte gezeigt, wenn Sie nur das gemacht hätten. Sie haben etwas anderes ge-

macht. Sie wollten sich einen Puffer aufbauen, haben sich aber irgendeinen Popanz aufgebaut. Das hat Ihnen das Gericht kaputtgemacht. Deshalb stellen Sie sich jetzt nicht so hin, als seien Sie nicht der Sünder, der Sie an der Stelle waren!

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Nun spricht Herr Schulz für die Piratenfraktion noch einmal.

**Dietmar Schulz (PIRATEN):** Vielen Dank, Herr Präsident! Ich möchte gerne noch einmal auf den letzten Aspekt eingehen, den der Finanzminister, hier im Zusammenhang mit den Cum-Ex-Geschäften der WestLB dargelegt hat, auch vor dem Hintergrund der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses, in der das hinreichend Thema war. – Ja, Herr Finanzminister, da habe ich in Ihr Zeugnis geschrieben: Sie gehören tatsächlich zu denjenigen, die insbesondere Steuerschlupflöcher zumindest angehen – ich denke an OECD-BEPS und dergleichen mehr –, dass dort etwas bewegt wird.

Gleichwohl haben wir seit dem Jahr 2012 die Frage der Steuerschlupflöcher hier am Tisch diskutiert. In Wahrheit ist seit 2012, Herr Finanzminister, kein einziges geschlossen. Auch die Umgehungstatbestände bei der Grunderwerbsteuer – so war die Ankündigung – würden notfalls im Alleingang angegangen werden. Dasselbe gilt hinsichtlich der Lizenzbox-Geschichten.

Jetzt komme ich noch einmal zurück zu den Cum-Ex-Geschäften und dem zeitlichen Ablauf. Sie, Herr Finanzminister, wissen ja, dass die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen, die das überhaupt ermöglicht haben, immerhin bis zum Jahr 2012 existiert haben.

Jetzt komme ich zurück zur Eigentümersituation bezüglich der WestLB oder anderer großer wirtschaftsstarker Unternehmungen des Landes Nordrhein-Westfalen, die im Eigentum des Landes Nordrhein-Westfalen und damit letztendlich aller Bürgerinnen und Bürger stehen. Wir müssen uns hier am Pult oder auch im Ausschuss darüber die Köpfe zerbrechen, wie wir als Parlament, als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger des Landes, als Kontrollorgan der Landesregierung die Prüfberichte eventuell einsehen können, die von denjenigen Gesellschaften bzw. Unternehmungen zu Recht und notwendigerweise beauftragt werden. Denn wie Sie selber sagen, war es in den Jahren 2006, 2007 und 2008 so, dass ein Mitglied der Landesregierung, genauso wie Sie jetzt, Herr Finanzminister, einen Sitz im Aufsichtsrat beispielsweise der Portigon haben.

Sie können heute der Portigon sagen: Gebt das mal raus, sofern euch das möglich ist! – Ob es Ihnen als Aufsichtsratsmitglied und Mitglied der Landesregie-

rung möglich ist, das zu tun, wissen Sie doch schon heute, Herr Finanzminister. Das haben wir doch schon an anderen Stellen erlebt, und so weist es auch die Rechtspraxis in Bezug auf Vertragsrecht aus: PwC wird sich selbstverständlich in dem zugrunde liegenden Vertrag eine entsprechende Verschwiegenheitsklausel gegenzeichnen lassen haben, die es Ihnen als Landesregierung oder auch als Aufsichtsratsmitglied unmöglich macht, dem Parlament, das heißt, den Vertretern der Bürgerinnen und Bürger des Landes, die Unterlagen zur Verfügung zu stellen hinsichtlich der Unternehmen, die im Eigentum des Landes stehen und damit auch reflexartig im Eigentum der Bürgerinnen und Bürger des Landes.

Diese Perversion sollte ein für alle Male beseitigt werden. Da stehen auch Sie, Herr Finanzminister, selbstverständlich in der Verpflichtung, entsprechende Verträge in der Zukunft so zu gestalten, dass diese ohne Probleme und ohne gesonderte Prüfung – und nicht nur in irgendwelchen geheimen Räumen zur geheimen Einsichtnahme – dem Parlament und damit auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Mit „Öffentlichkeit“ meine ich nicht nur die Mitglieder des Landtags, sondern damit meine ich tatsächlich eine Veröffentlichung in maschinenlesbarer Form, für jedermann einsehbar, damit die Menschen in diesem Land überhaupt begreifen, was hier die Politik bewirkt oder auch nicht bewirkt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Schulz. – Nun spricht noch einmal für die FDP-Fraktion Herr Witzel.

**Ralf Witzel (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Finanzminister, wir haben zu keinem Zeitpunkt in diesem Hohen Hause behauptet, dass irgendein krummes Geschäft bei Cum-Ex definitiv bei der WestLB stattgefunden hätte. Aber wir stellen Ihnen aufgrund sehr einschlägig fachlicher und präziser Medienberichterstattung nicht von Boulevardmedien, sondern von den Rechercheabteilungen von Wirtschaftsmedien Nachfragen, was Ihnen dazu bekannt ist. Es hat niemand behauptet, Sie selber hätten etwas Unrechtes in einer Zeit, die objektiv vor Ihrer Amtszeit lag, dort zu vertreten gehabt.

Aber was wir von Ihnen erwarten, ist, dass Sie die Verteidigungslinie für die WestLB und für die Portigon AG als Rechtsnachfolger, die Sie seit zwei Jahren gegenüber diesem Haus aufbauen, jetzt unterlegen. Wenn Sie sagen, Sie haben einen Prüfungsbericht von Ernst & Young, aus dem hervorgeht, dass Sie eine andere Haltung als die, die Sie bislang vertreten haben, objektiv vernünftigerweise nicht werden einnehmen können, dann stelle ich

das nicht infrage, aber dann möchte ich diesen Bericht vorgelegt bekommen.

(Beifall von der FDP)

Herr Finanzminister, Sie verschancen sich gerne hinter den Interessen von Landesunternehmen und Beteiligungen. Das können Sie an dieser Stelle aber nicht tun, weil das Thema nicht ist, ob wir beide es richtig finden, dass es eine kluge Kommunikationsstrategie ist, wenn die Portigon AG den Prüfungsbericht von Ernst & Young der Öffentlichkeit vorlegt oder interessierten Fachjournalisten gibt. Dazu können wir eine Meinung haben; da liegen wir vielleicht gar nicht weit auseinander, was klug wäre.

Aber der entscheidende Punkt ist: Wenn die dort operativ Verantwortlichen diese Frage anders entscheiden, dann haben Sie als Finanzminister, dann haben Sie als Landesregierung trotzdem eine parlamentarische Informationsverpflichtung diesem Haus gegenüber.

Dass es ein Auskunftsrecht der Abgeordneten bei öffentlichen Unternehmen gibt, hat niemand anders als Reiner Priggen von Ihrem Koalitionspartner erstritten, und zwar in dem Priggen-Urteil vor dem Verfassungsgerichtshof, das ich ausdrücklich begrüße. Denn hier wird klargestellt, dass es geeignete Belege geben muss, die eine Regierung vorzulegen hat, die es ermöglichen, dass Abgeordnete die für sie entscheidungserheblichen Dinge anhand der Unterlagen auch nachvollziehen können.

Diese Einstufung, diese Eingruppierung, diese Abwägungsentscheidung müssen Sie begründen, wenn Sie dem Parlament im Rahmen der Parlamentsinformationsrechte diese Informationen vorhalten.

(Britta Altenkamp [SPD]: Gnade!)

Deshalb bitte ich Sie noch mal dringend von dieser Stelle aus: Legen Sie in der kommenden Woche dem Haushalts- und Finanzausschuss als Fachgremium die Unterlagen vor,

(Britta Altenkamp [SPD]: Gnade!)

die dort von allen Fraktionen inklusive Ihrer eigenen Fraktion erbeten sind.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Witzel. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache.

(Zurufe von der SPD und den PIRATEN: Oh!)

Wir kommen zur Abstimmung. Erstens stimmen wir ab über den Einzelplan 12. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10512, den Einzelplan 12 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer stimmt dem zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und Piraten. Gibt es Enthaltungen? –

Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 12 in der Fassung der Beschlüsse des HFA in zweiter Lesung** mit großer Mehrheit **angenommen**.

Zweitens stimmen wir ab über die Finanzplanung 2015 bis 2019, Finanzbericht 2016 unseres Landes inklusive. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10518, die Finanzplanung 2015 bis 2019 mit Finanzbericht 2016 zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt dem zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltung. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/10518** mit Mehrheit **angenommen**.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass wir – wie schon mehrfach angekündigt – die Abstimmung über Einzelplan 20, über den Text des Haushaltsgesetzes und dessen Anlagen sowie über das GFG morgen nach Abschluss der Beratung aller Einzelpläne durchführen werden. Wir werden dann auch über die Rücküberweisung der vorgenannten Gesetzentwürfe zur Vorbereitung der dritten Lesung entscheiden.

An dieser Stelle kommen wir zu einem ganz spannenden Punkt. Ich rufe auf:

**Einzelplan 10  
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

Ich darf hinweisen auf die **Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10510**.

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Einzelplan und erteile Frau Schulze Föcking für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Christina Schulze Föcking (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was hat den Landwirten das letzte Jahr gebracht? Schaut man sich die Bilanzen an, so muss man sagen: 2015 war ein verheerendes Jahr. Auf breiter Front sind die Gewinne eingebrochen, und zwar im Schnitt um sage und schreibe 32.500 € je Betrieb. Knapp 46 % der Höfe erwirtschaften nur 30.000 € oder weniger.

Herr Minister, keine Sorge, ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie für die Weltmärkte verantwortlich sind. Aber auf völliges Unverständnis stößt, dass Sie in einer solch schwierigen Situation den Landwirten das Leben noch schwerer machen und immer noch einen obendrauf setzen.

(Beifall von der CDU und Henning Höne [FDP])

Warum zum Beispiel brauchen wir jetzt unbedingt ein neues Landesnaturschutzgesetz, das im Ergebnis noch mehr Kontrollen, noch mehr Bürokratie und noch mehr Einschränkungen bringen wird?

Sie gehen bei diesem Gesetz auch sehr in Details. Sie machen sich intensiv Gedanken darüber, dass es Ihrer Meinung nach sinnvoll ist, Naturwächter einzustellen und diese in einheitliche Uniformen zu stecken. Andere Sachverhalte hingegen hinterfragen Sie nicht oder nur unzureichend.

So wollen Sie demnächst unter dem Deckmantel des Naturschutzes die Streuobstwiesen noch stärker gesetzlich reglementieren und nehmen damit dem Eigentümer die freie Verfügbarkeit über den eigenen Grund und Boden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Henning Höne [FDP])

Was, glauben Sie, macht aber jemand, der seine Wiesen bislang gerne und freiwillig gepflegt hat und der nun durch Sie durch dieses Vorhaben Einschränkungen in seinem Besitz erfährt? Ich kann es Ihnen sagen und nenne Ihnen gern ein konkretes Beispiel.

Es war auf einer Ortslandwirtetagung: 60 Landwirte kümmern und bemühen sich tagtäglich um ihr Eigentum. Für die Obsternte haben sie sich gerne und freiwillig Streuobstwiesen in Hofnähe angelegt. Deren erster Gedanke war, dass es sehr bedauerlich ist, dass diese Obstbäume nun gegen ihre eigene Überzeugung werden fällen müssen, um auch zukünftig ihr Grundstück zu nutzen und ihre Rechte weiterhin frei wahrnehmen zu können. Das ist wirtschaftlich vernünftig und nachvollziehbar, aber äußerst schade um die Bäume.

Sie schieben mit Ihrer Politik eine Entwicklung an, die die Landwirte so eigentlich nicht möchten. Sie erreichen damit genau das Gegenteil von dem, was Sie bezwecken wollen. Sie, Herr Minister, schaden dem Naturschutz.

(Beifall von der CDU und Henning Höne [FDP])

Ähnlich widersinnig sind auch Ihre Bewirtschaftungseinschränkungen beim Grünland, und unlogisch ist auch Ihre Politik, die den Druck auf den landwirtschaftlichen Bodenmarkt einerseits kritisiert, aber dann andererseits durch das geplante Vorkaufsrecht für Naturschutzverbände diesen Druck noch einmal erhöht. Für alle Maßnahmen tragen alleine Sie die Verantwortung.

Noch mehr Unverständnis kommt bei folgendem Vorgang auf. In einer Kleinen Anfrage hatte ich zusammen mit dem Kollegen Rainer Deppe gefragt, wie Sie eine „Streuobstwiese“ oder eine „natürliche Felsbildung“ definieren. Beides sind Begrifflichkeiten aus Ihrem Entwurf zum Naturschutzgesetz. Ich nehme an oder hoffe zumindest, dass Sie sich intensiv mit dem Gesetzentwurf befasst haben. Oder? Eine Antwort sollte somit eigentlich ganz leichtfallen.

Was aber machen Sie? Sie antworten auf unsere einfache Frage: „Was ist eine Streuobstwiese?“, es habe noch keine formalisierte Willensbekundung